

Pöfener Zeitung.

Fünfundsebziger

Jahrgang.

Mittwoch, 25. September

(Erscheint täglich zwei Mal.)

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (G. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gelsen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grätz bei Herrn F. Streisand;
in Frankfurt a. M.:
G. A. Dautz & Co.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Hanssen & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Khabath.

Nr. 450.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, dreigesaltene Zeilen 5 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Einladung zum Abonnement.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Thlr. 15 Sgr., auswärtige aber 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich zweimal erscheinende Zeitung durch alle Postämter des deutschen Reiches zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geehrten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute

Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 9.
A. Classen vorm. E. Malade, Lindenstr.-Ecke 19.
M. Gräber, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke.
F. Knapfer, Ecke der Schützenstraße.
E. Maiwald, Bäckermeister, St. Adalbert 3.

M. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.
Victor Giernat, Markt Nr. 46.
Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11.
Adolph Las, Gr. Ritterstr. Nr. 10.
S. Krupski, Breitestr. Nr. 14.

J. R. Leitgeber, Gr. Gerberstraße Nr. 16.
S. Michaelis, Kl. Gerberstr. Nr. 11.
S. Berne, Wallischei Nr. 93.
Jacob Schlefinger, Wallischei Nr. 73.
M. Tizewski, Schützenstr. 23.
Eduard Stiller, Sapieha-Platz Nr. 6.

M. C. Hoffmann, Alten Markt u. Neuestr.-Ecke.
F. Fromm, Friedrichstr. 36/37 vis à vis der Post.
Wittwe C. Brecht, Bronterstr. Nr. 13.
Robert Seidel, St. Martin Nr. 23.
Ed. Federt jun., Berliner- u. Mühlenstr.-Ecke 18b

Pränumerationen auf unsere Zeitung pro IV. Quartal 1872 annehmen, und wie wir, die Zeitung Vormittag 11½ Uhr, am Nachmittage um 4½ Uhr ausgeben.

Posen, im September 1872.

Die Expedition der Pöfener Zeitung.

Der Stand des Präsidenten-Wahlkampfes in den Vereinigten Staaten.

Die große Wahlschlacht in der nordamerikanischen Union ist jetzt auf der ganzen Linie mit aller Macht entbrannt. Präsident Grant hält sich, seiner alten Gewohnheit gemäß, persönlich ziemlich ruhig, dafür aber sind seine Freunde und Anhänger, die Mitglieder seines Kabinetts an der Spitze, in Wort und Schrift desto thätiger. Auf der andern Seite läßt es die Partei Greeley's an Anstrengungen aller Art nicht fehlen, um ihrem Präsidentschaftskandidaten die Palme des Sieges zu erringen; ja, Greeley selbst ist, nachdem er eine Reise durch den Osten gemacht hat, nach dem Westen der Union gegangen, um durch gelegentliche Reden für seine Sache zu wirken. Beide Parteien, die Grantleute, wie die Greeleymänner, gebrauchen den in Amerika bei großen Wahlkämpfen gewöhnlichen Kunstgriff, zeitweise das Geschrei erschallen zu lassen, daß der Sieg sicher sei und der Gegner sich bereits auf dem Rückzuge befinde. In der jüngsten Zeit war es die Grantpartei, welche in Folge der für sie in Maine und Vermont günstig ausgefallenen Staatswahlen ein solches Siegesgeschrei erhob. Unter solchen Umständen ist es wohl am Plage, sich einmal in aller Ruhe auf dem politischen Kriegstheater umzusehen und mit nüchternem Auge die Chancen der beiden Präsidentschaftskandidaten gegen einander abzumessen.

Was zunächst Neuengland anbelangt, so haben die Anhänger Greeley's schwerlich im Ernste auf den Sieg in Massachusetts, Maine und Vermont gerechnet. In diesen drei Neuenglandstaaten war im Jahre 1868 die Majorität für Grant so groß, daß nur ein über alle vernünftige Erwartung gewaltiger Umschwung der öffentlichen Meinung dieselbe überwinden konnte. Maine und Vermont haben doch auch in ihren jüngst stattgefundenen Staats- und Kongresswahlen einen entschiedenen Sieg für Grant ergeben. Von den übrigen drei Neuenglandstaaten läßt sich, was Rhode-Island anbelangt, kaum etwas Bestimmtes sagen. Bundes Senator Sprague, einer der mächtigsten Parteiführer daselbst, ist ein thätiger Freund Greeley's und es wird uns berichtet, daß Rhode-Island für Greeley gewonnen werden könnte. In New-Hampshire und Connecticut, wo die nicht zersplitterte republikanische Partei seit Jahren nur eine kleine und schwankende Majorität aufzuweisen hatte, scheint nach glaubwürdigen Nachrichten Greeley's Sache gut zu stehen.

Das Letztere läßt sich auch von dem bedeutenden Staate Newyork sagen, wo frühere Spaltungen in der republikanischen Partei der aus Liberal-Republikanern und Liberal-Demokraten gebildeten Reform- oder Greeley-Partei große Kräfte zugeführt haben. Die Grantleute suchen daselbst demokratische Bundesgenossen zu gewinnen; es ist aber sehr zweifelhaft, ob ihnen dies in großem Maßstabe gelingen wird. Demnach wird New-York wahrscheinlich für Greeley stimmen.

In New-Jersey hat Grant niemals auf eine feste Majorität rechnen können; es ist daher wahrscheinlich, daß die vereinigte Reformpartei hier siegen wird.

In dem einflussreichen und stark bevölkerten Pennsylvania wüthete der Wahlkampf in der hitzigsten Weise. Der in Parteikämpfen grau gewordene Bundes Senator Cameron, einer der gewissenlosesten, aber auch gefährlichsten Politiker, wirkt hier für Grant. Gouverneur Curtin, der kürzlich von seinem Gesandtschaftsposten in Rußland nach seinem Heimathstaate zurückgekehrt ist, wird bald seine Stellung im Wahlkampf nehmen müssen. Wenn er seinen bedeutenden Einfluß zu Gunsten Greeley's in die Waagschale wirft, was vielfach behauptet wird, so dürfte Pennsylvania sich gegen Grant und für Greeley entscheiden.

Ohio, ein ebenfalls mächtiger Unionsstaat, zählt eine starke Grantpartei, und wenn auch die Anhänger Greeley's daselbst keine Mühen scheuen, so muß dieser Staat doch zu den sehr zweifelhaften gezählt werden. In dem benachbarten Indiana, wo die Majoritäten stets schwankend und auf der einen wie der anderen Seite immer klein gewesen sind, ist der Sieg der Reformpartei viel sicherer, als in Ohio. Bundes Senator Morton, der unbedingte Anhänger Grant's, ist zwar Himmel und Erde für seinen Kandidaten in Bewegung, allein die Zahl der liberalen Demokraten und Republikaner soll nach verlässlichen Nachrichten hier so bedeutend anwachsen, daß man Indiana als für Greeley sicher annehmen darf.

Die drei Staaten Pennsylvania, Ohio und Indiana haben ihre Staats- und Kongresswahlen in den ersten Tagen des Oktobers d. J. Der Anfall dieser Oktoberwahlen wird gewöhnlich als ein ziemlich bestimmtes Vorzeichen des Ausfalles der November-Präsidentschaftswahl angesehen, und ebenfalls als eine zuverlässige Wetterprobe der Stimmung des Volkswillens. Geben daher alle drei Staaten im Oktober gegen die Grant-Kandidaten, so ist die Präsidentschaftswahl nahezu als unweigerlich zu Gunsten Greeley's entschieden anzusehen. Gehen zur zwei dieser Staaten, z. B. Indiana und Pennsylvania, im Oktober gegen die Grantpartei, so wird Greeley's Erwählung im November überwiegend wahrscheinlich.

Was nun die übrigen Staaten der Union anbelangt, so ist in Illinois, dem Heimathstaate Grant's, der Kampf sehr lebhaft; wie die Sachen jetzt liegen, sind die Chancen für den Gouverneurskandidaten Gustav Körner, einen Anhänger Greeley's somit für Greeley selbst. Missouri ist wohl sicher für Greeley. In Michigan dagegen kann die Grant-Majorität wohl geschwächt, aber kaum überwunden werden. Dasselbe gilt von Kansas. In Wisconsin und Minnesota halten sich beide Parteien so ziemlich die Waage. Ueber Nebraska, Nevada und Oregon haben wir nicht Information genug, um uns ein Urtheil zu bilden. Kalifornien wird sich wohl für Greeley entscheiden.

Das Votum der südlichen Staaten kann ohne Zaudern, mit Ausnahme von Nord- und Süd-Karolina, Mississippi und Florida, vielleicht auch Louisiana, für Greeley gerechnet werden, wenn auch die Neger weitaus für Grant stimmen.

Dies ist eine ruhige Uebersicht des jetzigen Standes der Dinge auf dem politischen Kampfplatze in den Vereinigten Staaten. Sie ist auf zuverlässige Berichte gegründet, die uns zu Gebote stehen. Unvorhergesehene Umstände können allerdings unsere Berechnungen ändern, doch glauben wir dies kaum. Wenn der Kandidat für die Vize-Präsidentschaft, B. Graß Brown, seine starke Stütze für Greeley ist, weil ihm — wohl nicht mit Unrecht — eine Neigung zum Trunke vorgeworfen wird, so hat auch der Bundes Senator, Henry Wilson, welcher neben Grant für die Vize-Präsidentschaft nominirt wurde, starke und einflußreiche Gegner, namentlich im Norden und Westen der Union, wo viele Deutsche wohnen, weil er seiner Zeit eng mit den Fremdenhassern, den Know-nothings, liirt war.

R. D.

Eine englische Stimme über den deutsch-polnischen Nationalitätenstreit.

Seit der Dreikaiserzusammenkunft zeigt die englische Presse — man weiß nicht recht warum — eine merkwürdige Verstimmung und gefaßt sich in einem nörgelnden Tone gegen Frankreich, der bei der Nachricht von der Gefangenahme Edmund Abouts bis zu Grobheiten anwuchs. So brachte „Daily News“ einen Artikel, der an Gehässigkeit so viel leistete, daß er dreist im „XIX. Siecle“ oder in einem anderen französischen Standaalblatt hätte stehen können. Bei dieser Stimmung der englischen Blätter, dürfte der folgende Artikel um so bemerkenswerther sein, welche die „Times“ vom 17. d. Monats als Leitartikel brachten. Das tonangebende „City-Blatt“ schreibt:

„Die interessanten Briefe unseres Marienburger Korrespondenten richten unsere Aufmerksamkeit wieder einmal auf eine bedeutsame Phase in dem großen Kampfe zwischen Zivilisation und Nationalität, der immer neue Blätter unserer modernen Geschichte zu füllen bestimmt scheint. — Die großen Geseke, welche den Gang des menschlichen Geschlechts bestimmen, sind von der Politik des Tages völlig unabhängig, und erfüllen sich stetig, ohne Kabinette und Souveräne um Erlaubnis zu bitten. Drei große Rassen liegen sich hintereinander in verschiedenen Theilen Europas nieder — die Celten, Deutschen und Slaven. — Ihre Grenzlinien sind das Problem von Jahrhunderten gewesen und werden es weitere Jahrhunderte sein. Die Celten wurden theils überwältigt, theils versprengt, amalgamirten sich aber größtentheils mit anderen Bestandtheilen des römischen Reiches. Die Deutschen schlugen die römische Welt nieder, zogen sich aber schließlich auf ihre eigenen Grenzen zurück, innerhalb deren sie den Anspruch auf eine Universalmonarchie erhoben, die bald allgemein und erfolgreich abgewehrt wurde. Die Slaven kamen zuletzt; sie bedrängten die östlichen Grenzen Deutschlands, wurden aber nicht allein zurückgeworfen, sondern ihrerseits zum Weichen gebracht. Seit diesem ersten Ansturm der Barbaren gegen das römische Reich, haben sich die Deutschen immer im Besitz jener tüchtigen Eigenschaften des Fleißes, der Thätigkeit und der Mäßigkeit gezeigt, welche Nationen zur Kolonisationsarbeit tauglich machen. Ihre Tendenz war, ihre Grenzen nicht erobert, sondern aushreitend zu überschreiten, und sich auszudehnen nicht durch das Schwert, sondern durch den richtigen und sorglichen Gebrauch der Gaben Gottes, den Gottes Segen zu begleiten pflegt. Im Süden und Westen, wo sie lange mit der höheren Zivilisation der Romanen und Kelten zu kämpfen hatten, konnten sich die Deutschen wenig ausdehnen. Die Geschichte, welche soviel vom deutschen Rhein- und Alpenübergange zu erzählen hat, weiß von keiner dauernden Ansiedlung in Frankreich und Italien (?) und die Oesterreicher sind hunderte von Jahren in Mailand gewesen, ohne eine Spur ihrer langen Herrschaft zurückzulassen. Im Norden und Osten, an der Weichsel, der Donau und dem baltischen Meer ging es anders. Hier hatten die Deutschen nur mit obskuren Rassen, wie Lette und Finne zu ringen, oder die gewaltigen, aber bald ermattenden Angriffe von Wanderstämmen, wie Pole und Magyar, die den Vortrab der ungeheuren Slavenmasse bildeten, abzuwehren. Ueber alle diese Nationen warf der Deutsche die Herrschaft einer manchmal vielleicht trockenen und pedantischen, immer aber stätigen und sicheren Zivilisation. Wurde er im Felde geschlagen, so ging er als Ackerbauer aufs Neue vor; als Lehnsherr vertrieben, kam er als Schulmeister zurück. So germanisirte er schließlich alles, womit er in Berührung kam, scheute sich vor keiner Handarbeit, wurde dann Kaufmann und Fabrikant und lehrte zuletzt Kultur und geistigen Fortschritt. In dieser Weise, sagt unser Korrespondent, haben die Deutschen Schlesien, Ost- und Westpreußen und Posen erworben. In Wahrheit schufen sie erst das Land, das sie erworben, und assimilirten sich darum auch seine früheren Einwohner. Ost von den Polen bedrängt, gewannen sie schließlich immer wieder

die Oberhand, weil ihre Feinde wenig einig genug waren, um sich zu halten, noch vorsichtig genug, die Russen zu ihrer Hilfe herbeizurufen. Polen ging unter, und sein Zerfall hat dazu beigetragen, Preußen soweit zu stärken, daß es das alte Deutschland erst wegschaffte, und danach ein neues organisiren konnte. Seit der ersten Theilung Polens bis zu unseren Tagen hat die deutsche Ausdehnungskraft kein Hinderniß mehr gefunden. Die friedlichen Missionäre der deutschen Zivilisation haben nicht allein ihre Polnischen, Tschechischen, Magyaren und Wallachischen Unterthanen erfolgreich bearbeitet, sondern sind auch in Länder, die nicht unter deutscher Herrschaft stehen oder standen, in die dänischen Herzogthümer, in die baltischen Provinzen Rußlands vorgedrungen. Ja sie sind bis an das Centrum des Deutschen und Russischen Lebens gelangt. Deutsch ist, wie bekannt, die vermittelnde Sprache, durch welche ein großer Theil der Europäischen Kultur die gebildeten Zirkel Kopenhagens und Petersburgs zu erreichen pflegt.

Aber neuerdings ist ein starker Gegensatz eingetreten. Der Skandinavien und der Russe wollen von den deutschen Gaben nichts mehr wissen; ja sie gehen soweit, daß sie lieber in der Kultur zurückbleiben, als sie aus deutschen Händen empfangen wollen. Nationalgefühl, Racenstolz ist das herrschende Gefühl des Tages geworden. Die halbe Auflösung des Oesterreichischen Reiches im Jahre 1868, welche dem Ungar zu einer Stellung verhalf, hat die Ansprüche der Polen, Tschechen, Kroaten, Serben u. Rumänier gekräftigt. Obwohl sie wenig Aussicht haben, eigene Nationalstaaten zu bilden, stehen sie doch zu gemeinsamen Widerstand gegen die Deutschen zusammen. Die Polen zumal die sich in ihrem Widerstand gegen Rußland von den panslawistischen Strömungen ausgehoben haben, widerstreben der ferneren Assimilation in jenen preussischen Provinzen, in denen aller gesellschaftlicher Fortschritt, alle sozialen Güter bisher das Resultat der deutschen Herrschaft gewesen sind. Sie rühmen sich nunmehr der Eigenthümlichkeit, in anderen Worten, der Inferiorität ihrer Race. Sie geben zu, daß die Deutschen eine höhere Stufe der Entwicklung erreicht haben, behaupten aber, daß wenn man ihnen freies Spiel gelasse, sie eine eigene, mit ihrer Nationalität im bessern Einklange stehende Kultur erzeugt haben würden. Sie wollen ihren eigenen Impulsen folgen, ihre eigene Bahn freigemacht haben. Ihre Argumente sind dieselben, die wir von den Tschechen hören und unsererseits von den jónischen Griechen gehört haben. Thöricht, wie es ist, liegt doch etwas uninteressantes in diesem wahnwichtigen Verlangen nach einem mehr oder weniger unerreichbaren Ideal. Man lasse diesen Nationalitätsbestrebungen den Zügel schließen und Europa hat endlose Umgestaltungen vor sich. Reiche würden in linguistische Atome zerfallen, und die zerstückelten Stämme sich in neuere Föderationen, in allerlei unpraktische Kombinationen zu sammeln suchen. Der Untergang unserer angehäuften geistigen Schätze würde erfolgen, und an der Stelle aller Bildungsergebnisse ein wüdes Streben nach unbekannten, unvoranschätzlichen Zielen eintreten müssen.“

Die siebenwöchentliche Tragikomödie mit Gasser ist beendet, und es scheint, daß der Vorhang für immer hinter ihm gefallen ist, da, wie verlautet, der fromme Herr selbst seinen Gesandtschaftsposten in Stuttgart niederlegen wird. Daß die Ultramontanen über diesen Ausgang der Sache nicht erbaut sind, bedarf kaum einer Bemerkung. Merkwürdig bleibt jedoch an der ganzen Geschichte, daß es sieben langer Wochen bedurfte, um dem Könige darüber die Augen zu öffnen, daß ein Gasser-Auersches Ministerium ein Anachronismus sonder Gleichen ist. In Norddeutschland hat man diese Operationen mit Staunen und Mitleid betrachtet; ja in gewissen Kreisen, selbst solchen, welche nicht schadenfroh sind, hätte man das Zustandekommen eines Gasserschen Ministeriums ganz gern gesehen, um doch einmal die Ziele und die Kraft des bairischen Partikularismus kennen zu lernen. Die Zurückforderung des Mandates soll sowohl Herrn Gasser selbst als auch seine Freunde in Erstaunen gesetzt haben. Gewiß ist, daß wenn ein Ministerium Gasser aus Mader gekommen wäre, es nicht an Konflikten mit dem Reiche gefehlt hätte, denn schon forderte die ultramontane reichseigentliche Presse ein Einschreiten gegen den Reg.-Präsidenten Grafen Lurzburg wegen dessen Rede auf dem landwirthschaftlichen Feste in Würzburg. Die Hauptbedenken der Perriode Pfordten-Reigersberg begannen sich schon zu regen: der Name Gasser galvanisirte diese für die Neuzeit erstorbene Clique. Man ist sicher, daß die Verhandlungen mit Pferschnern baldigst ein eadgiltiges, erwünschtes Resultat herbeiführen werden, und seine Ernennung wird stündlich erwartet. An seine Stelle als Finanzminister ist bekanntlich der Generaldirektor der Verkehrsanstalten Hr. Hocheder berufen worden. Ob Luz oder wenigstens seine Richtung im Kultusministerium bleiben wird, erscheint noch immer fraglich.

Deutschland.

© Berlin, 24. Septbr. Die alarmirenden Gerüchte über den Rücktritt des Grafen Arnim von der pariser Botschaft hatte eine förmliche politische Panik zu Wege gebracht. Die Nachricht war indeß mit so viel unwahrscheinlich klingenden Beigaben versehen, daß bei Vielen sehr bald eine heilsame Besinnung eintrat. Graf Arnim bleibt in Paris, wohin er nach seiner Befähigung und ganzen Persönlichkeit recht eigentlich gehört. Es werden Alle unserm Botschafter beim französischen Gouvernement das Zeugniß ausstellen, daß er bisher mit großer Umsicht vermittelt und agirt hat. Er erfreut sich überdies recht

intimer Beziehungen zum Präsidenten Thiers, und so liegt gar kein Grund vor, auch nur noch ein Wort über die Affaire Arnim zu verlieren. — Zu den besten Arbeiten auf dem Gebiet der neuesten Kriegsgeschichte zählt A. v. Schell's Darstellung der Operationen der I. Armee unter General von Steinmetz. Der Verfasser hat als Major im großen Generalstab die Operations-Acten des Oberkommandos der I. Armee zur Hand gehabt, wir erfahren also von ihm nur Zuverlässiges. Es macht Schell alle Ehre, daß er des Gegners jederzeit mit vollem Respekt gedenkt; von Unmuthigkeit über die Leistungen der deutschen Armee ist er völlig frei. Er gibt eine streng objektive Darstellung aller der ersten Armee zugetheilten Aufgaben und läßt seine Person, wie sich gehört, ganz zurücktreten. Dem in jeder Beziehung empfehlenswerthen Werk sind übersichtliche Karten beigegeben, welche dem Laien ermöglichen, sowohl die Schlacht bei Spidrichen wie die Kämpfe bei Cossmen-Mouilly und bei Bionville-Mars la Tour wie St. Privat-Gravelotte bis in das kleinste Detail zu verfolgen. Schell's Arbeit konkurriert mit den berühmten Werken von Blum und Wartensteden. Da der Verfasser rein vom militärischen Standpunkt aus seine Aufgabe löst, so sind in seinem Buche diplomatische Aufschlüsse nicht zu finden. Wohl aber gewinnen wir ein sicheres Urtheil sowohl über das Oberkommando wie über die demselben unterstellten Generale.

2. Berlin, 21. September. Alles, was unsere offiziöse Presse gelegentlich der Dreikaiserkonferenz über die braunschweigische Erbfolgefrage munkelt, verschleierte nur den wirklichen Sachverhalt. Im Jahre 1870, unmittelbar vor Ausbruch des Krieges ist zwischen dem braunschweigischen Minister von Lange und dem für Braunschweig akkreditirten preussischen Gesandten, dem in Oldenburg residirenden Minister-Residenten, ein geheimer Vertrag abgeschlossen worden, in welchem sich der Herzog verpflichtet seinen Nachfolger nur aus den in Deutschland derzeit regierenden Häusern zu wählen. Damit ist also das Welfenhaus ausgeschlossen. Als Gegenleistung für dieses Engagement des Herzogs hat sich Preußen verpflichtet der Nachfolger eines aus dem genannten Reiche gewählten Prinzen nicht entgegenzutreten. Läßt der Herzog dagegen keine Bestimmung über die Nachfolge, so wird das Haus Hohenzollern im Falle des Todes von der braunschweigischen Krone Besitz ergreifen. — Aus dem Gesagten erklärt es sich, warum Bismarck nicht das geringste Interesse mehr daran hat über die braunschweigische Erbfolge irgendwie zu verhandeln. Dem Herzoge von Braunschweig persönlich sind dergleichen Verhandlungen überaus peinlich. Eben um dem Drängen Preußens eine Schranke zu setzen, hat er sich zum Abschluß des genannten Vertrages verstanden. Läßt nunmehr der Herzog die Erbfolgefrage ungelöst, so sind zufolge des Vertrages die Chancen der Hohenzollern am günstigsten. — In der That scheint der Herzog keinerlei Schritte thun zu wollen. Eine Zeit lang hörte man von einem sächsischen Prinzen (Coburger?), den er für die Nachfolge in das Auge gefaßt. Doch auch davon ist es jetzt wieder stille geworden. — Es erklärt sich nur aus einem ungemeinlich patriarchalischen Verhältniß, daß der braunschweigische Landtag in dieser Weise hat über sich wegpacken lassen, als ob ihn die ganze Sache nicht das Mindeste angehe. In der unmittelbar bevorstehenden Session scheint man jedoch die Scheu, den Herzog persönlich durch Erörterung der Sache unangenehm zu berühren, überwinden zu wollen. — Eine Annexion wie z. B. bei den Fürstenthümern Hohenzollern, kann ohne Zustimmung des Landtages nicht erfolgen. Es kann sich also nur um Personalunion handeln. Auch hier darf der Herzog ohne Zustimmung des Landtags die Hausgesetze nur soweit ändern, als dadurch die Landesverfassung nicht verändert wird. Die Verfassung aber bestimmt im § 14, daß die Regierung in dem fürstl. Gesamthause Braunschweig-Lüneburg und zwar zuerst in dem Mannstamme vererbt wird. — Es ist hiernach nicht abzusehen, wie ohne vorherige Verfassungsänderung die Hohenzollern als Cognaten vor den Welfen, speziell dem Sohne des Königs Georg aufzubrechen wollen. Jedenfalls ist zu wünschen, daß das Land über sein demnächstiges Schicksal bald Gewißheit erhält. Unter

Berliner Feuilleton.

Die Kaiserwoche ist vorüber mit ihrem Glanz, ihrer Aufregung und ihrem Spektakel und nur die Nachwehen, die amtlichen und außeramtlichen Untersuchungen über die Unglücksfälle, die am Abend des großen Papststreichs an der Schloßfreiheit passirt sind, werfen noch ihre düsteren Schatten auf die kommenden Tage. Der Minister des Innern hat „Erhebungen“ veranlaßt, aber es mag noch so viel Staub aufgewirbelt werden, in der Natur der Sache liegt es, daß Alles resultatlos verläuft. Indessen diese Tage liegen hinter uns und Berlin hat jetzt wenigstens das mit den großen Hauptstädten Europas und mit unserer ganzen modernen Generation gemein, daß es rasch lebt. Nirgends wird ein Ereigniß so bald vergessen, und nirgends eine Größe so schnell abgethan, als in einer Stadt, die beinahe eine Million Einwohner zählt. Die Kaiser sind gegangen und vergessen ist was auf die Paraden- und Manövers-Tage folgt; die Feste in Marienburg hatten einen spezifisch-preussischen Charakter, so daß das Berliner Interesse sich fast nur an die Nachrichten anklammerte, ob das dortige Diner im Remter der Marienburg auch dem Chef de Cuisine von Curtz in der hiesigen Dorothienstraße Ehre gemacht haben würde. Curtz ist ein Konturrent des berühmten Hüter, der beim Einzug der Truppen 1866, das von städtischen Behörden in der Turnhalle arrangirte 11 Thlr.-Diner besorgt hatte. Die westpreussischen Ritter in Marienburg haben aber noch besser gegessen, und haben dem Berliner Koch für das Couvert 18 Thlr. bezahlt, wofür sie auch leidlich bedient sein sollen. Die Berliner Gäste sind nicht sehr verwöhnt angekommen, denn es ist bekannt, daß in Berlin zwar theuer, trotzdem aber doch herrlich schlecht gegessen wird. Je weiter man aus dem Rayon, nennen Sie es meinetwegen Küchen-Dunstkreis, von Berlin herauskommt, um so mehr nimmt, alle Reuse werden es bezeugen, die Schmachhaftigkeit der Speisen zu, Berlin ist in dieser Beziehung keineswegs so hybaritisch, als es beschrieben wird.

Aber nicht allein mit den Ereignissen, auch mit den Personen hat sich Berlin gewöhnt, schnell fertig zu werden, diejenigen, die dies zu ihrem Schreck zuerst erfahren wird, wird Pauline Lucca sein, dieser ungezogene Liebling der Grazien, dieses verzogene Kind des Berliner Hofes, der Kritik und des Publikums, das endlich den Verhältnissen in richtiger Gassenjungenmanier ein Schnippen geschlagen hat, und auf und davon gegangen ist — über den atlantischen Ocean, wo die Dollars scheffelweis von herumziehenden Virtuosen, die in Europa nichts mehr nütze sind, eingeheimst werden. Man hat, glaube ich, unnügerweise, die große Berliner Sängerinnenfrage „Lucca contra Wallinger“ als eine persönliche Angelegenheit beider Künstlerinnen betrachtet, der Schwerpunkt der Angelegenheit lag entschieden außerhalb

der gegenwärtigen Ungewißheit stagnirt die politische Entwicklung das selbst nahezu vollständig. — Die Nachricht, daß von Seiten der liberalen Parteien beabsichtigt werde, im Reichstage einen Antrag auf Einführung einer Reichsgewerbesteuer zu stellen, glaube ich so wohl Namens der Nationalliberalen wie der Fortschrittspartei auf das Bestimmteste dementiren zu können. Die Frage ist ja keineswegs neu. Geheimrath Michaelis kündigte schon im März 1871 an, daß man die Frage der Einführung einer Reichsgewerbesteuer in das Auge gefaßt habe. Minister Camphausen wollte zwar im preussischen Landtage nichts davon wissen; im jüngsten Reichstage aber versicherte Michaelis vor einer Kommission, daß die Sache bloß vertagt worden sei bis zu der nunmehr erfolgten Ausdehnung der Gewerbeordnung auf ganz Deutschland. Die liberalen Parteien haben also vollauf Zeit gehabt, sich über ihre Haltung in der Frage zu verständigen. Danach glaube ich auf das Bestimmteste erklären zu können, daß die Einführung einer Reichsgewerbesteuer bloß zu dem Zwecke der Verminderung der Matrikularbeiträge nicht die geringste Aussicht auf Annahme seitens der Majorität des Reichstages hat. Die liberalen Parteien wollen zwar die Matrikularbeiträge beseitigen, aber nicht durch Gewerbesteuer, sondern durch eine allgemeine contingentirte Reichseinkommensteuer. Dazu kommt, daß eine Reichs-Gewerbesteuer nach preussischem Muster außerhalb Preußens (wo durchgängig niedrigere Gewerbesteuer bestehen) eine Erhöhung der Steuerlasten des Volkes bedeuten würde. Es wäre jedenfalls keine Garantie gegeben, daß eine Verminderung der Matrikularbeiträge eine Verminderung anderer Landessteuern nach sich ziehen würde. — Vollständig anders liegt dagegen die Frage, wenn die Einführung einer Reichsgewerbesteuer als Aequivalent für die Aufhebung der Salzsteuer, etwa zugleich mit einer Erhöhung des Tabakzolles beantragt werden sollte. In diesem Falle würde die Steuerlast des Volkes im Ganzen um den Betrag der bisherigen Gewerbesteuern vermindert werden. Auch wäre damit der künftige Ertrag der Matrikularbeiträge durch eine Einkommensteuer nicht ausgeschlossen, sondern eher vorbereitet. Weit entfernt aber, nach dieser Richtung eine Initiative zu ergreifen, werden die liberalen Parteien die Vorschläge der Regierungen abwarten und ihre Annahme von gewissen Bedingungen abhängig machen.

Der Kaiser hat in einer Privat-Audienz aus den Händen des bisherigen k. span. Gesandten Grafen Don Juan Antonio de Naxos ein Schreiben des Königs von Spanien entgegengenommen, wodurch derselbe von seinem hiesigen Posten abberufen wird. Unmittelbar darauf hatte dessen Nachfolger, Don Patricio de la Escosura y Morrogo, die Ehre, Sr. Majestät sein Kreditiv als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Spanien am hiesigen Hofe zu überreichen.

Des Prinzen Albrecht Befinden ist, dem heutigen Bulletin zufolge, nach einer sehr unruhig verbrachten Nacht heute infolge weniger befriedigend, als der Kräftezustand mehr beeinträchtigt ist.

Bei dem Regimentsfeste des Kalugaschen Infanterie-Regiments des Deutschen Kaisers Nr. 5 wurde der „Kama-Wolga-Zeitung“ zufolge, nachstehendes Telegramm an den Hohen Chef des Regiments entsandt:

„Das Kalugasche Infanterie-Regiment Nr. 5, welches den Namen Ew. Kaiserlichen Majestät führt, trinkt bei der Feier seines Regimentsfestes auf das Wohl des Hohen Chefs, Ew. Kaiserlichen Majestät. Der Regiments-Kommandeur Oberst-Lieutenant Koss.“

Es erfolgte hierauf folgende Antwort:

„Ich danke Ihnen für das heutige Telegramm und bringe dem braven Regiment meinen Glückwunsch zum Feste in dem Augenblick dar, in welchem der Kaiser sich in Meiner Hauptstadt befindet.“

Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Arnim, ist heute Vormittag über Lebric nach Paris zurückgekehrt.

Am 21. September 1862 brachte der preussische „Staats-Anz.“ folgende Allerhöchste Ordre:

„Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: den Prinzen

der Persönlichkeiten beider, das Publikum überhaupt spielte hierbei mit seinen Anti- und Sympathien nur eine untergeordnete Rolle eben der misera contribuens plebs der man die hohen Eintrittspreise zum Opernhause abnimmt und die dafür nichts zu thun hat als zu bewundern, und alles gut und schön zu finden, was die Generalintendantin ihr vorsetzt. Das treibende Moment des Konfliktes ist in höheren Regionen zu suchen. Im kaiserlich napoleonischen Paris — es ist doch noch nicht allzu lange her, daß seine Herrlichkeit vor den deutschen Waffent geknien ist — gab es eine hochgeachtete Dame, eine Fürstin mit deutschem Namen, der an die schönste Reaktionsperiode des deutschen Bundes und Oesterreichs erinnerte, die mit gleichem Eifer zwei ziemlich weit auseinandergehende musikalische Richtungen protegierte, die eine als weiblicher Maqueur mit ihren feinen aristokratischen Händchen, die andere, die ihr wohl persönlich angenehmer sein mochte, durch höchst eigene dilettantische Ausübung in ausgewählten vornehmen Kreisen der Gesellschaft. Die letztere Richtung war das freche gemeine chanson der Pariser cafés chantants und die Fürstin Metternich war am Hofe von St. Cloud und Compiègne eine zum Verwechseln ähnliche Kopie der Mlle. Theres. Sie hatte dabei mehr Glück als mit ihrer Protektion der erstgedachten Musikrichtung der Wagner'schen Musik, und sie mußte es sich gefallen lassen, vor Jahren in ihrer Loge der Pariser Oper mitstamm ihrem Meister ausgelacht zu werden, während der Lammhäuser-Aufführung. Gerade in dieser letzteren Beziehung hat sie aber hier in Berlin eine Nachahmerin gefunden, die augenscheinlich auf glücklicherem Boden operirt. Auch diese Dame, denselben hohen Kreisen der Gesellschaft wie die Fürstin Metternich angehörig, ist ein öffentliches Geheimniß mit dessen Entschleierung man also keine Indiskretion begeht. In die Öffentlichkeit trat dieselbe als ein junges, in Hofkreisen freilich schon viel bekanntes Fräulein Marie v. Buch, vor Jahren zuerst gelegentlich einer hocharistokratischen Dilettantenvorstellung, die zu irgend einem wohlthätigen Zweck, der Platz 1 Friedrichsbad, im Konzertsaal des Schauspielhauses gegeben wurde. Es war theils deutsche, theils französische Komödie, die letztere wurde damals noch stark protegiert, und Fräulein v. Buch parlirte ein korrektes und entzückendes Französisch. Ungefähr so fing ja auch wohl die Laufbahn des jetzigen General-Intendanten von Hülßen an, der von einem Liebhabertheatermitglied (nebenher war er auch Gardelieutenant) von König Friedrich Wilhelm IV. an die Spitze des Hoftheaters gestellt wurde, auf welcher Höhe er sich nunmehr bereits über 20 Jahre gehalten hat. Später verheirathete sich die Dame mit dem Hausminister Freiherrn v. Schleinitz und wurde Erzelen, als Baronin Schleinitz fing sie nunmehr an in manchen Stücken jener österreichischen Gesandtin am napoleonischen Hofe nachzuahmen. Auch sie interessirte sich für Richard

Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen auf sein Ansuchen von dem Vorsteher im Staatsministerium zu entbinden und den Wirklichen Geh. Rath von Bismarck-Schönhausen unter gleichzeitiger Ernennung zum Staatsminister mit dem interimistischen Vorsteher im Staatsministerium zu beauftragen.

Mit heutigem Tage ist also ein Dezzennium verflossen, seitdem das Vertrauen des Monarchen der Fürsten Bismarck an die Spitze der Räte der Krone berief. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erinnert daran in ihrem Leitartikel und nachdem sie einen Rückblick auf dieses Jahrzehnt geworfen, schließt sie mit dem auch von uns getheilten Wunsche, daß wir nach einem zweiten Dezzennium mit nicht geringerem Stolz, mit nicht geringerer Freude und Dankbarkeit zurücksehen können auf das weitere Stück zurückgelegten Weges, auf welchem, wie in der Sturm- und Drangperiode des Dezzenniums 1862-72, die „Weisheit im Rathe“ Deutschland stets zu seinem Heile zu geleiten gewußt.

Bei den Militär-Intendanturen sind in Folge vielfacher Abgänge und der Reformationen mehrfach Vakanz unter den Mitgliedern eingetreten, die obwohl zu denselben eine größere Anzahl von Offizieren kommandirt sind, nicht haben gedeckt werden können. Zur Abstellung dieses Uebelstandes soll seitens des Kriegsministeriums nachgegeben worden sein, daß zur Intendantur-Partie auch Gerichts-Assoren, Referendare und Auditeure zugelassen werden können, wenn dieselben den im Reglement vom 2. Juli 1868 gestellten Bedingungen entsprechen, vornehmlich Landwehr-Offiziere sind. Den Reflektanten dürfen sich beim Uebertritt die günstigsten Chancen darbieten.

Der Finanzminister hat neuerdings bestimmt, daß die Anordnung, wonach Staats- und andere auf jeden Inhaber lautende Papiere vor der Aufnahme in die Depositionen der Hauptzoll- und Hauptsteuer-Ämter außer Cours gesetzt und demnach bei definitiver Herausnahme aus dem Depositionsamt wieder in Cours gesetzt werden sollen, auf ausländische Inhaberpapiere nicht zu beziehen, und daher von der Außercourssetzung derartiger in die hauptamtlichen Depositionen gelangenden Papiere Abstand zu nehmen ist.

Einsichtlich der Formation der Artillerie, meldet ein Reporter der „Spen. Ztg.“, sind die kommandirenden Generale und der General-Inspekteur der Artillerie aufgefordert worden, dem Kaiser gegenüber bis zum Juni künftigen Jahres sich gutachtlich zu äußern, ob es zweckmäßig erscheint, die Trennung der Feld- und Festungsartillerie noch weiter durchzuführen und die erstere in Bezug auf taktische Ausbildung und Personalangelegenheiten dem Generalkommando zu unterstellen. Die bisherige Benennung „schwere“ und „leichte“ Batterie fällt fort, und tritt an Stelle dessen innerhalb der resp. Regimenter nur die Bezeichnung in der fortlaufenden Nummer von 1 bis 6, resp. von 1 bis 8.

Außer dem Beamten-Kautionsgesetz werden im Finanzministerium für die kommende Session auch noch Gesegentwürfe vorbereitet, welche die Diäten- und Reisekosten der Beamten den veränderten Geld- und Verkehrsverhältnissen gemäß regeln sollen. — Bei Aufstellung des Staatshaushalts für 1873 ist eine fast vollständige Umarbeitung der bisherigen Etats Titel erforderlich gewesen, da für jenes Jahr zum ersten Mal das vom Landtag angenommene Gesetz über die Oberrechnungskammer zur Anwendung kommt, wodurch vielfach eine andere Aufstellung und größere Spezialisierung der Titel bedingt ist.

Aus Berlin meldet die „Spen. Ztg.“: So viel in den letzten Jahren auch für die Hebung der Volksschule gethan ist, sehen sich doch immer mehr Lehrer, und selbst von der reichen Kaiserstadt Berlin fest angestellte Lehrer, veranlaßt, ihres kärglichen Einkommens wegen andere, besser besoldete Berufszweige zu ergreifen. So hat beispielsweise in den jüngsten Tagen der auch als Feuilletonist bekannte Kommunallehrer Radowitz hierseits eine mit 1000 Thlr. dotirte Stellung in einer Buchhandlung angenommen, Gemeindefreier Behm tritt mit einem Jahresgehalt von 1000 Thlr. als Sekretär ins Handelsministerium ein; eine Petersburger Versicherungsgesellschaft hat einem besonders in der Rechenkunst bewanderten Lehrer eine Generalagentur

Wagner und bildet jetzt, im Verein mit einer preussischen Prinzessin, die nach einer langen in Zurückgezogenheit verlebten Jugend durch ihre Heirath mit einem hier residirenden kleinen Herzog endlich etwas Freiheit erlangt hat, das Hauptquartier jener Machinationen, die dem großen Zukunftsmusiker eine Heimath in der deutschen Hauptstadt bereiten wollen. Das ist der Kernpunkt der Lucca-Wallinger-Frage. Frau Wallinger ist keineswegs die enragirte Wagner-Freundin, als welche sie ausgegeben wird, sie ist ganz abhängig und in den Händen ihres Mannes, des Barons Schimmelpfennig v. d. Oye, der sie, ganz im Gegensatz zu dem Gatten der Lucca, dem Baron von Rhade, vollständig beherrscht. Pauline Lucca dagegen ist ein selbstständiger Charakter, ein vorgezogenes, aber auch in Folge dessen ein eigenwilliges und störrisches Kind; die Kaiserin hat sie protegiert, die Kritik sie vergöttert, das Publikum sie auf Händen getragen, so gewann sie eine Stellung, die fast unumschränkt genannt werden konnte, trotzdem z. B. so lange Meyerbeer lebte, dieser Meister keineswegs ein Verehrer von ihr war, hatte er doch erklärt daß er sie niemals würde in Paris singen lassen, und in der That hat die Lucca bis zum heutigen Tage sich nicht in Paris hören lassen. Sie ist jetzt für immer von Berlin geschieden, denn es ist kaum anzunehmen, daß der Hof ihren Kontraktbruch ihr jemals wieder vergessen können. Mit ihrem Abgang hat allerdings Frau v. Schleinitz mit der Wagnerpartei Oberwasser, denn allein bauend auf die Beliebtheit einer einzigen Sängerin hat die Intendenz das Opernrepertoire in solche Decadence gerathen lassen, daß nun in der That derjenige als eine Macht auftritt, der allein noch das Interesse des Publikums erringen kann. Wer am schlechtesten bei dieser ganzen Affaire wegstommt, daß ist unfreilich der Generalintendant, der dem Publikum seine Lieblingsopten vorführen soll, und keine Sängerin hat, welche die darin vakant gewordenen Rollen singt. Indessen Herr v. Hülßen wird sich damit trösten müssen daß er in den sämtlichen übrigen Theaterdirigenten Berlins Leidensgenossen hat. Denn bei allen hiesigen Bühnen macht sich der Mangel an tüchtigen weiblichen Kräften in sehr bedenklichem Grade fühlbar, insbesondere die jugendlichen „Liebhaberinnen“ drohen, wenn auch nicht im Leben, so doch auf der Bühne völlig auszusterben.

Dr. M.

In Paris.

Novelle von Ludwig Habicht.

(Fortsetzung.)

„Ja, das klingt nun freilich recht wunderbar, wenn ich alter Mann von solchen Dingen schwatz; und doch hab ich's damals gehörig durchgemacht und es brannte bei mir lichterloh. Ich war auch schon ein-

mit 4000 Rubel Einkommen angetragen, und eine nicht geringe Zahl anderer Lehrer steht in Verhandlung mit industriellen Gesellschaften und Fabrikanten wegen Uebernahme von Stellen, die eine Familie anständig zu ernähren vermögen. Eine durchgreifende Erhöhung der Gehalte der Volksschullehrer in Stadt und Land erscheint als das einzig wirkliche Mittel gegen den täglich fühlbarer werdenden Lehrermangel.

Wie wir aus der „Spen. Ztg.“ erfahren, soll zu den Anordnungen, welche der Fürst-Reichskanzler während seines Aufenthaltes in den letzten Wochen in Berlin getroffen hat, auch die Einleitung von Vorarbeiten bezüglich der Errichtung eines Reichsamtes für die öffentliche Gesundheitspflege gehören.

Es dürfte sich zunächst um die Einholung von Gutachten und Feststellung des Bedürfnisses, sowie der Wünsche der einzelnen Bundesstaaten handeln, woran sich fernere diesseitige Vorschläge einer Zusammenfassung und Wirksamkeit des Gesundheitspflegeamtes zu reihen hätten. Von fachwissenschaftlichen Autoritäten, deren Ansicht hierbei zu Rathe gezogen werden soll, hören wir einstweilen nennen: Barrentrapp in Frankfurt a. M., Reclam in Leipzig, Prof. Hirsch in Berlin. Der Bundesrath soll bald nach der Wiederaufnahme seiner Thätigkeit mit der Angelegenheit befaßt werden.

Auf Grund eines Ministerialreskripts ist festgestellt worden, daß die Schulaufsicht sich auch außerhalb der Schule von Schülern begangene Ordnungswidrigkeiten oder Uebertretungen erstreckt, sobald solche nicht im elterlichen Hause vorgekommen oder von zuständigen Behörden bereits geahndet worden sind, so daß die Schule den Beruf und die Aufgabe hat, derartige Fälle nach der ihr zustehenden Disziplinar Gewalt in einer den Zwecken der Erziehung entsprechenden Weise zu bestrafen.

Einige Zeitungen, u. A. die „Rheinische“, enthalten ziemlich gleichlautende Korrespondenzen des Inhalts, daß einzelne Abgeordnete der Fortschrittspartei um deshalbs nicht die Eisenacher Konferenz in der sozialen Frage besuchen würden, weil die Einladung eine verspätete und in der Form verletzende gewesen, nämlich nur unter Kreuzband erfolgt sei. Dazu bemerkt die hiesige „Volks-Zeitung“:

Wir haben natürlich nicht sämtliche Einladungen einsehen können; von den an unsere Redaktion und an einige derselben nahestehende Mitglieder der Fortschrittspartei gerichtet aber können wir mit Bestimmtheit aussagen, daß dieselben zwar mittels eines gedruckten Formulars, unter welchem sämtliche Veranstalter der Versammlung als Einladende stehen, aber unter Couvert und in der ersten Hälfte dieses Monats erfolgt sind. Die Tagesordnung der Versammlung ist bekanntlich 1) Arbeitseinstellungen und Gewerksvereine, Ref. Prof. Dr. J. Schmoller. 2) Die deutsche Fabrikgesetzgebung in ihrer Ausführung und Weiterbildung, Ref. Prof. Dr. E. Brentano. 3) Die Wohnungsfrage, Ref. Geh. Rath Engel. Gegenüber so ernsten und tief einschneidenden Fragen, die hier von Männern beleuchtet werden sollen, welche solche zum Gegenstand langjähriger und ernstlicher Studien gemacht, würden wir es bedauern, wenn Mitglieder der Fortschrittspartei rein formeller Bedenken wegen oder deshalb fern bleiben wollten, weil unter der Einladung auch Namen konservativen und selbst pietistischen Klanges stehen. Unter anderem haben die Verhandlungen über das Schulgesetz Vereinsjahres in der letzten Sitzung des Reichstags gezeigt, wie schwer innerhalb der kurz bemessenen, mit Geschäften überladenen Zeit der Reichstagsferien eine Verständigung zwischen den verschiedenen Parteien über tief eingreifende soziale Fragen zu erzielen und daß es daher nur freudig zu begrüßen, wenn eine solche Verständigung wenigstens in einzelnen Hauptmomenten schon vorher angebahnt wird.

In der außerordentlichen General-Versammlung der strikenden Maschinenbauer der Pflugschneidenden Fabrik sprach Herr Dr. Max Hirsch über die Wohlthaten der Gewerksvereine. Der Redner empfahl vor Allen Einigungsämter; hätte ein solches Institut hier zur Zeit bestanden, so wäre sicher eine Lohnerhöhung, wenn nicht von 20, so doch von 10 pCt. gewährt und dieser Strife vermieden worden. Der Rede des Herrn Dr. Max Hirsch wurden heftige Angriffe und persönliche Ausfälle von H. v. S. Grottkau, entgegengefeuert und diese fanden wieder eine gereizte Respit von Seiten des Dr. Max Hirsch. Nach langen heftigen Debatten nahm die Versammlung eine Resolution an, die ein Mißtrauensvotum gegen die Thätigkeit des Dr. Max Hirsch und seines Generalrathes enthielt.

Grandenz, 23. September. Die Säcularfeier verlief ebenso wie in Thorn, Elbing und anderen Orten vom Wetter begünstigt, unter zahlreicher Btheiligung aus der Umgegend. Der Bürgermeister

mal als junger Bursch in Frankreich, aber ich hält' mich in keine von den Zierpüppchen verlieben können, eine deutsche Dirne mußte es sein und ich begreife den Leonhard nicht und Dich nicht. Denn das ist wie Bier und Wein, das kann man auch nicht durch einander gießen."

Das Lächeln auf den Lippen Agathens war längst verschwunden, jetzt flossen unaufhaltsam ihre Thränen.

"Agathe, sei vernünftig," suchte sie der Alte zu beschwichtigen, "ich finde mich ja schon darin, weil ich mich nicht aufregen darf. Wenn ich's auch freilich nicht gern gesehen, daß Du einen Franzosen heirathen willst und mir ein ehrlicher Deutscher weit lieber gewesen wäre, aber ich finde mich schon darin — meine nur nicht länger."

Er strich zärtlich mit der Hand über ihr Haar; aber anstatt daß sein freundlicher Zuspruch ihre Thränen gestillt, warf sie sich jetzt laut ausschließend an seinen Hals und barg den heißen Kopf an seiner Brust.

"Du hörst es ja, daß ich Dir noch immer nicht entgegen bin, wenn ich manchmal etwas schwägs, aber Du weißt schon, daß ich Dir doch nichts abschlagen kann." Er suchte durch seine Liebkosungen ihrer Verzweiflung ein Ende zu machen.

Sie erhob ein wenig das thränenfeuchte Antlitz.

"D, mein theurer Vater, wie unglücklich bin ich geworden!" seufzte sie hervor. Sie mußte endlich ihrem gepreßten Herzen Luft machen, wenigstens einem Menschen sagen, welch' furchtbare Dual sie drückte.

Der alte Pelzer blickte sie halb fragend, halb verwundert an; plötzlich schien er den Sinn ihrer Worte verstanden zu haben und er sagte rasch:

"Agathe, sei kein Kind, wenn Du es jetzt merkst, daß Du den Franzosen doch nicht leiden kannst, so wollen wir kurzen Prozeß machen und —"

"Nein, nein!" rief sie und über ihr schönes Antlitz zuckte ein namenloser Schmerz: "ich lieb' ihn noch so tief und innig wie immer und doch bellag' ich es, daß ich an ihn mein Herz verloren."

"Um, daß begreife wer will," murmelte der alte Pelzer, und seine Augen blieben verwundert auf seiner Tochter haften, die sich jetzt langsam erhob und ganz erschöpft wieder auf ihren Stuhl zurücksinken ließ. Ueber den Widerstreit ihrer Gefühle vermochte sie selbst kaum sich klare Rechenschaft zu geben, wie wäre sie im Stande gewesen, ihn ihrem Vater anschaulich zu machen. Wenn ihr Bräutigam nicht da war, dann trat ihr das Bild des geliebten Mannes in blendender Schönheit vor die Seele. Sie bewunderte seine großen Geistesgaben, einen tüchtigen Charakter und empfand eine tiefe Leere, daß sie ihn so lange entbehren mußte, sie war dann wieder eins mit ihm und sie

Schlingmann hielt bei Enthüllung des Denkmals die Weibrede. Der Denkstei ist ein verzierter Sandsteinobelisk mit einem Adler auf der Spitze. Die Inschrift lautet: „Regno redintegrato“. Der Feier auf dem Schloßberge folgte ein Diner im schwarzen Adler, bei dem der Kommandant der Festung Oberst Hahn von Doriche, den Toast auf Se. Maj. den Kaiser und König ausbrachte. Am Abend fand eine Festvorstellung im Theater statt, wobei namentlich das Schlußtableau: Friedrich II. zu Pferde, von Genien bekrönt, allgemeinen Beifall hervorrief. Zapfenstreich, Feuerwerk, sowie eine glänzende Illumination der Stadt bildeten den Schluß der Festlichkeiten, die durchweg von einer gehobenen Stimmung des Publikums getragen wurden.

Minden, 24. September. Der katholische Pfarrer in W., H.-B. Minden, hatte kurz vor der famosen „Jesuiten-Debatte“ im Reichstage die größern Schulkinder nach Befragen und im Auftrage ihrer Eltern eine bereits von der Gemeinde-Vertretung unterzeichnete Petition um Abweisung der auf Verfolgung und Verhöhnung des Jesuitenordens abzielenden Anträge und Vorlagen in der Schule unterzeichnen lassen. Unter dem 9. September wurde dem Pfarrer eine Verfügung insinuiert, welche folgenden Wortlaut hat:

Minden, am 2. September 1872. Da Ein Hochwürden durch das Auflegen einer Petition an den Reichstag, betreffend die Ablehnung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu, in der Schule zu W. betr. der Unterzeichnung derselben durch die Schulkinder Namens ihrer Eltern Ihre Stellung als Schulaufsichtsbeamter gemißbraucht haben, so entziehen wir Ihnen hiermit im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten die Aufsicht über die Schule zu W. und haben sie sich fortan einer jeden Amtsthätigkeit als Schul-Inspektor zu enthalten. Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Hannover, 21. September. An dem morgen hier zusammentretenden Provinzial-Landtag und zugleich an den Justizminister hat wiederum ein landwirtschaftlicher Verein, der zu Scharbeck, eine Eingabe über den vielverhandelten Gegenseitigkeitsvertrag wegen der Reform des Bauernrechts beschloffen. Der Verein ist mit der beabsichtigten Aufhebung der Verfügungs-Beschränkungen einverstanden, aber in der Beseitigung des Auerbennrechts würde er den Ruin des hannoverschen Bauernstandes erkennen, findet auch in der Denkschrift der Regierung deutliche Belege für die Bedenklichkeit solcher gesetzlicher Vorschrift und hofft daß man hier eben so gut einen passenden Ausweg finden werde, wie in Oldenburg, wo man eben auch mit dieser Materie beschäftigt ist.

Hannover, 21. September. In verschiedenen hiesigen Blättern sind Klagen darüber laut geworden, daß Geistliche denen die Schulaufsicht entzogen, noch den Anspruch erheben, den Religions-Unterricht zu kontrolliren. In dieser Beziehung heißt es im Reskript des Landeskonfistoriums vom 11. Mai:

Die durch das Gesetz vom 11. März 1872 (das Schulaufsichtsgesetz) dem Staate zugewiesene Schulaufsicht umfaßt nicht die Leitung des Religionsunterrichts. Diese verbleibt nach § 3. den betreffenden Religionsgesellschaften. Ist daher die Ablehnung der staatlichen Schulaufsicht seitens eines Geistlichen und die Uebertragung dieser staatlichen Schulaufsicht auf einen anderen Inspektor einflußlos auf das Verhältniß, welches wegen Leitung des Religionsunterrichts in den Volksschulen der betreffenden Religionsgesellschaften besteht, so darf doch, wie uns von dem Herrn Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten allgemein zu erkennen gegeben ist, die den Religionsgesellschaften zustehende Leitung des Religionsunterrichts und die damit verbundene Beaufsichtigung des religiösen Unterrichts in den Volksschulen niemals dazu führen, die Entfernung eines Geistlichen vom Schulaufsichtsbereich zu machen. Es sind vielmehr gegen solche Bestrebungen je nach Beschaffenheit des konkreten Falles die erforderlichen Mittel zu ergreifen, da auch der Staat in unterer und oberer Instanz eine Aufsicht über den in Rede stehenden Theil des Unterrichts grundsätzlich in Anspruch zu nehmen hat.

Dazu bemerkt der „Hann. Cour.“: Wie hieraus hervorgeht, hat der Kultusminister bereits Anlaß gehabt, das hiesige Konfistorium zu beeinflussen. Wie die Ausführung von ihm dem Konfistorium „zu erkennen gegeben“ Grundfases sich praktisch gestaltet, das ist uns sehr zweifelhaft und bedenklich, so anerkennt der Grundfases selbst auch, daß „die Beaufsichtigung des religiösen Unterrichts in den Volksschulen (durch die vom Schulaufsichtsbereich zurückgetretenen Geistlichen nämlich) niemals dazu führen darf, die Entfernung eines

tauschten ihre Gefühle und Gedanken mit einander aus wie in den ersten Tagen ihrer Liebe und wenn er dann ersah, zerrann das süße Traumbild und wie sich auch beide redlich mühten, es wollte nicht mehr so hell und harmonisch zusammen klingen, wie in jenen seligen Minuten... Was sie zu trennen begann, war freilich nur etwas Außerliches, aber sie ahnten Beide, daß es stark genug war, den Bund ihrer Herzen zu zerreißen, sobald irgend ein verhängnisvolles Wort fiel.

Jetzt ließ sich im Vorzimmer der Tritt des Doktors hören.

"Nach mit ihm ein Ende, es thut mit Euch Beiden doch nicht gut," sagte der alte Pelzer und blickte mit in selbstam weicher Stimmung seiner Tochter noch einmal zärtlich in die Augen. Dann erhob er sich und entfernte sich langsam aus dem Zimmer, den eben eintretenden Aubert dabei ziemlich kurz und kühl begrüßend.

"Was hatte Dein Vater?" fragte Dr. Aubert rasch, "er war so übelklingend."

Statt aller Antwort reichte ihm Agathe das Zeitungsblatt. Ihr Herz war noch zu tief bewegt, sie mußte sich erst ein wenig sammeln, ehe sie im Stande war, sich mit ihrem Bräutigam zu unterhalten.

Er warf nur einen flüchtigen Blick in das Blatt und sagte leichthin:

"Nun, das ist ja nur eine Sicherheitsmaßregel, von der die zuverlässigen Deutschen und auch Dein Vater durchaus nicht betroffen wird."

Und hältst Du es nicht einer Nation tief unwürdig, die sich beständig rühmt, an der Spitze der Zivilisation zu marschiren?" fragte Agathe in scharfem Ton, die von dem Benehmen des Geliebten schmerzlich betroffen wurde. Sie hatte mit Sicherheit erwartet, daß er wenigstens diesen schmachvollen Beschluß hart verurtheilen würde.

"Ach, baß", entgegnete er mit kurzem Auflachen, "jetzt, wo wir rings von Gefahren umgeben sind, dürfen wir keine Schonung üben."

"Und welche Gefahr für Frankreich sind denn die friedlichen Deutschen, die sich im Vertrauen auf französische Gastfreundschaft hier niedergelassen?" fragte Agathe weiter, ihre Stimme zitterte, der Unmuth verheuchelte die letzte Thränenspur, ihre Augen begannen zu blitzen.

"Theures Kind, eine sehr große", entgegnete Aubert, dem in seiner Zerknirschtheit die Erregung Agathens völlig entging, "es leben Hunderttausende von Deutschen mitten unter uns. Sie können jeden unserer Schritte, all' unsere Kriegspläne dem Feinde verrathen, und dann ist es freilich kein Wunder, wenn der Erfolg der Waffen nicht auf unserer Seite ist."

Agathe lachte höhnisch auf. Daß der Mann, den sie so hoch ver-

Geistlichen vom Schulaufsichtsbereich unwirksam zu machen". Wir fürchten, daß der hier geschaffene Dualismus in der Schulaufsicht dies in der That bewirken wird. Der § 3. des Gesetzes und speziell der zweite Theil desselben, welcher auspricht, daß der Artikel 24. der Verfassung („Leitung“ des Religionsunterrichts durch die Religionsgesellschaften) von dem Gesetze unberührt bleibt, ist als ein praktisch bedeutungsloses, nur zur theoretischen Beruhigung über das „Unberührtbleiben“ eines ebenfalls noch theoretischen Verfassungssatzes bestimmtes Amendement von dem Antragsteller selbst, dem Abg. v. Bonin, ausdrücklich charakterisirt worden. Wenn er jetzt hier dazu benutzt wird, den Einfluß der renitenten Geistlichen auf die Schule indirekt wieder herzustellen, so weicht dies unseres Wissens von dem in den alten Provinzen eingeschlagene Verfahren durchaus ab, und schwächt die Wirkung des neuen Gesetzes gerade in einer Provinz, in welcher seine energische Durchführung nach der Provinz Posen amnothwendigsten wäre.

Donau, 20. Sept. Gestern Abend fand eine Ausschußsitzung des Festvorstandes für den allgemeinen deutschen Protestantentag und darauf eine Generalversammlung des hiesigen Protestantenvereins statt. Namens der vom Kirchenvorstande zu St. Catharinen nach Berlin zum Kultusminister entsandten Deputation wurde von Herrn Pastor Bischoff referirt, daß der Minister in „Mündigkeit“ der Angelegenheit ausführlich und sorgfältig angehört und nach Prüfung der Sache einen — wenn auch nicht schleunig zu erwartenden — Bescheid zugesagt habe. Es kam dann zur Sprache, daß noch immer nicht die Marienkirche für den Protestantentag bewilligt sei, den hierauf ordnungsmäßig gestellten Antrag habe der Vorstand als durch die Entscheidung des Landeskonfistoriums bereits erledigt nicht auf die Tagesordnung gebracht und der Kirchenvorstand selbst habe darauf bei Stimmengleichheit sich gestern nicht einmal über die Vorfälle schlüssig machen können, ob die Frage in der nächsten Donnersitzung auf die Tagesordnung zu stellen sei.

Darmstadt, 22. September. Das Reichskanzleramt hat sich in einem Schreiben an das Ministerium des Aeußeren Auskunft darüber erbeten, ob die hiesigen Behörden gegen den in letzterer Zeit oft genannten Pfarrer Seib zu Groß-Umstadt, gegen den bekanntlich wegen Uebertretung des Kanakelparagraphen (§ 130a. des Strafgesetzbuchs) eine Untersuchung eingeleitet war, im Wege des Strafverfahrens vorgegangen seien, oder vorzugehen gedächten. Die eingeleitete Untersuchung, welcher eine von Seib gelegentlich einer Versammlung des katholischen Kasino's Osberg gethane, und im „Odenwälder Boten“ referirte Aeußerung zu Grunde lag, wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt, da dieselbe von Seib nicht in seiner Eigenschaft als Geistlicher, wie sie obiger Paragraph voraussetzt, sondern als Privatmann geschah. Das Reichskanzleramt, indem es die das betreffende Referat enthaltende Nummer des „D. B.“ seinem Schreiben beilegt, erblickt in der fraglichen Rede eine Schmähung der Reichsregierung und des Reichstags und erwartet seitens der hiesigen Regierung die geeigneten Schritte.

Bremen, 23. Sept. Die „Bester-Zeitung“ schreibt: „In Bremen giebt es bekanntlich keine richterliche Karriere. Wir wählen, wie die Engländer, die Mitglieder des rechtsgelehrten Kollegiums, aus welchem die Gerichte besetzt werden, aus den praktischen Juristen, in der Regel also aus der Zahl der Sachführer. Die Verfassung vom Jahre 1854 knüpft die Wahlbarkeit an die Bedingungen der christlichen Konfession und des Bremischen Staatsbürgerthums; das Reichsgesetz hat beide Bedingungen aufgehoben. Nach der Theorie kann jeder deutsche Rechtsgelehrte ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses zum Richter in Bremen erwählt werden. Aber die Verfassung fügt eine Klausel hinzu, welche diese anscheinende Freiheit für jeden, der nicht Bremer ist, völlig illusorisch macht. Gewählt werden darf nur, wer drei Jahre hier als Jurist praktisch thätig gewesen ist. Um die Befreiung dieses Hindernisses handelte es sich, eines Hindernisses, wie man sieht, welches, wenn es nicht dreizehn Jahre älter als die Verfassung des norddeutschen Bundes wäre, wenn es erst jetzt eingeführt werden sollte, als eine Umgehung der Reichsverfassung sich darstellen und vielleicht als solche höheren Orts beanstandet werden würde. Der Senat hatte die Aufhebung dieser Verfassungsbestimmung beantragt, ein Ausschuß aus Senat und Bürgerchaft dieselbe befürwortet, das Richterkollegium selbst scheint der Reform zuzustimmen; aber es ist nicht gelungen, die für Verfassungsänderungen erforderliche Stimmenzahl in der Bürgerchaft zusammenzubringen.“

Strasburg, 20. September. In dieser Woche ist das Programm des protestantischen Gymnasiums für das Schuljahr 1872—73 erschienen.

ehrt, so hoch über Alle gestellt, dieselben wahrhaft kindischen Ansichten vorbrachte, schnitt ihr in's Herz.

"Du lachst?" sagte Dr. Aubert sehr empfindlich; „und ich begreife wahrhaft nicht, was daran lächerlich ist. Lies unsere angesehensten Zeitungen, Du wirst nur eine Stimme darüber hören, daß nichts als Verrath —"

Und läßt Du wirklich von dem thörichten Geschrei Eurer Presse Deinen klaren überlegenen Geist unterjochen, den ich so sehr bewundere?" unterbrach ihn Agathe.

Diese Worte befriedigten seinen bitteren Unmuth. Freundlicher als vorher entgegnete er sogleich:

"Was willst Du? unsere Zeitungen werden von den hervorragendsten Köpfen Frankreichs geleitet, warum sollte ich nicht Anschauungen mich unterordnen, die von der gesammten Presse vertreten werden?"

"Nein Jules, das sollst Du nicht", erwiderte Agathe mit großer Festigkeit, die auch wieder etwas ruhiger geworden war und stolz das Haupt erhebend, mit funkelnden Augen ihm ins Antlitz blickte: „Und wenn all' Deine Landsleute dies als Glaubensbekenntnis hinnähmen, Du müßtest Dich über solche lächerliche Meinungen trotzdem erheben. Denke doch ruhig darüber nach, wie könnten die schlichten, einfachen Deutschen, die in Paris leben, hinter die Kriegspläne Eurer Marschälle kommen? Ich begreife wohl, daß Dein unruhig zitterndes Herz jetzt gern geneigt ist, das Widersinnigste zu glauben, aber Dein klarer Kopf weiß nichts davon.“

Dr. Aubert hatte sich einen Stuhl herbeigezogen, das heiße Haupt in die Hand gestützt und blickte mit steigender Bewunderung auf seine Braut. In dieser stolzen, sicheren Haltung fand er sie stets von einer hinreißenden Schönheit, dann übte sie auf ihn den bestrickendsten Zauber. Als sie schon lange schwieg, lauschte er noch immer ihren Worten. Endlich sagte er voll tiefer Bewegung:

"Agathe, Du giebst mich stets mir selbst zurück. Ja, Du hast Recht, es ist ein thörichter Argwohn und ich schäme mich seiner."

Er hatte dabei ihre Hand ergriffen und sah ihr wie um Verzeihung bittend in die großen blauen Augen.

In dem Herzen des jungen Mädchens jauchzte es freudig auf. Mochten in letzter Zeit die Schwächen seiner Nation auch in ihm sich widerpiegeln, immer kam doch von Neuem der Adel seiner Gesinnung zur Erscheinung. Sein offenes Bekenntniß zeigte ihr wieder, wie wahr und ehrlich er gegen sich und andere war.

"Sieh", jetzt bist Du wieder, wie ich Dich so oft gefunden und bewundert", sagte sie mit Herzlichkeit und sie gestattete es gern, daß er sie überglücklich an sich zog und einen heißen Kuß auf ihre Lippen drückte.

(Fortsetzung folgt.)

In den höchsten Klassen werden wöchentlich 32, in den untersten 27 Lehrstunden erteilt, zur Hälfte in französischer und zur Hälfte in deutscher Sprache. Mathematik, Physik, Chemie und Philosophie werden ausschließlich in französischer Sprache doziert; Geographie und Geschichte ebenfalls, ausgenommen in den Realklassen. Die alten Sprachen hingegen werden in deutscher Sprache gelehrt, jedoch werden Uebersetzungsübungen vom Lateinischen ins Französische fleißig betrieben, mit Rücksicht auf die Schüler, die nach vollendetem Lehrkurs sich um den Grad eines Bachelier-ès-lettres und es-sciences bewerben wollen. Den Schülern wird Zeit gelassen, daß sie am Donnerstag Morgen, sowie Dienstag und Freitag von 11 bis 12 den Religionsunterricht der Stadtpfarrer besuchen können. Das Studium der alten Sprachen beginnt zwei Jahre eher als früher. Das Lehrgeld für einfache Schüler ist auf 100 Fr. des Jahres festgestellt; Schüler, die in der Anstalt Kost und Wohnung haben, bezahlen 900 Fr. jährlich; die Halbpensionäre nur 200 Fr. Alle werden mit väterlicher Sorgfalt überwacht, ein Arzt besucht die Anstalt täglich und den Eltern wird vierteljährlich ein Zeugnis über das Betragen, den Fleiß und die Fortschritte ihrer Kinder zugestellt.

Frankreich.

Paris, 22. Septbr. Die demokratische Presse hatte sich lebhaft darüber beklagt, daß, während man ihr nicht einmal das bescheidenste privatisimum von Bankett gestatte, die Monarchisten sich eben heute, an dem Geburtstage des unsterblichen Konvents und der ersten, einen und untheilbaren Republik, 400 an der Zahl in Beaumont le Roger (Departement Eure) am dem reichbestetzten Tische eines landwirtschaftl. Konfuses niederlassen und im Beisein des Präfecten selbst nach Lenzlust tosten dürften. Hiergegen erhebt sich ein Schreiben, welches der Herzog von Broglie, die Seele dieses aristokratischen Zwedessens, an die ihm nahe stehenden Blätter, den „Courrier de France“ und den „Français“, gerichtet hat. Er sagt mit der gewohnten akademischen Umständlichkeit, daß der Konkurs und das damit verbundene Festmahl schon vor Monaten und ehe noch Jemand an eine Feier des 22. Sept. dachte, von der landwirthschaftlichen Gesellschaft de. Eure auf diesen Tag angesetzt worden sei, daß der Präfect des Departements gerade in diesem Jahre den Vorsitz in der Gesellschaft führe und daher natürlich auch bei ihrem Bankett nicht fehlen könnte, daß aber die Politik demselben ganz und gar fern bleiben solle und fern bleiben werde. Nach diesen Erklärungen, die Niemand anzuzweifeln ein Recht hat, und nach dem in Chambray Herr Gambetta selber zu dem Verbot der Regierung gute Miene machte, bei sich vielleicht gar nicht unglücklich darüber, zum Schweigen verurtheilt zu sein, wird man jetzt hoffentlich für einige Zeit auf diese politischen Schmäuse verzichten, die sich als Agitationsmittel im Ganzen doch wenig bewährt und Regierung und Land nur von nützlicheren Dingen abgezogen haben.

Hr. Edmont About hat schon wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben. Aus Nancy schickte er dem „XIX. Siècle“ heute Nachmittag folgendes Telegramm, welches diese Zeitung morgen veröffentlichen wird:

„Wie glücklich bin ich, mich wieder in Frankreich zu befinden! Drüben war es mir unmöglich, Ihnen zu telegraphiren. Der Ablassschluß wurde von dem als Anklagekammer konstituirten Kriegsgericht dem Gutachten des Untersuchungsrichters entsprechend gegen den Antrag des kaiserl. Procurators, welcher durchaus der pariser Presse eine Lektion geben wollte... (P), gefaßt. (Es war mir möglich, von Tag zu Tag Notizen aufzunehmen; ich werde also viel zu erzählen haben. Auf Wiedersehen! In Freundschaft About.“

Das „XIX. Siècle“ litt bisher an galopirender Abonnentenschwind- sucht und lag in den letzten Zügen, als die Verhaftung About's, erfolgte. Man kann sich denken, mit welcher Begier es jetzt die Gelegen- heit ergreifen wird, mit der Leidensgeschichte Abouts die Aufmerksam- keit des Publikums auf sich zu ziehen. Das war Rettung in der Noth.

Portugal.

Lissabon, 15. September. Die iberische Verschwörung, die sich so lange noch nach ihrem Scheitern in ein tiefes Geheimniß hüllte, tritt jetzt in ziemlich scharfen Umrissen hervor. Sie war, wie man jetzt sieht, sehr bedenklich und hatte sehr viele Verzweigungen, eine große Anzahl von Männern verschiedener Parteien nahmen Theil, unter andern: der Graf von Benice, Führer der republikanischen Ibe- rier, neben ihm der Migueлист Marquez von Vallada, welcher der Ue- berzeugung lebt, daß der Weg zur Herstellung des legitimen Königs- thums eine Station habe, welche Republik heißt. Ferner sind in den weitestgehenden Prozeß verwickelt: der Enkel des großen Vasco de Gama, und des spanischen Abenteurers Prim intimer Freund, Marquez von Miza; der frühere Finanzminister Graf Magalhaens und einer der vornehmsten Edelleute Portugals, der Marquez von Agueda. Die drei letzten werden in Lisboa auf das Schärfste bewacht weil sie nicht ohne Erlaubniß der Cortes verhaftet werden können und diese suspen- dirt sind. Eine große Rolle spielte das Militär bei der Verschwörung, außer dem Gouverneur wurden verhaftet zwei Generale von der Ar- tillerie, die Obersten von vier Regimentern in Garnison zu Lisboa, Oporto und Coimbra; ferner sind mehr als 200 Sergeanten verhaf- tet. Es heißt, daß der Marschall Herzog von Saldanha zum Präsi- denten einer künftigen portugiesischen Republik designirt gewesen sei; Andere nennen das nur einen Vorwand, sicher aber soll sein, daß des altersschwachen Greises intrigante Enkelin, die Gräfin v. Farrowo, schwer kompromittirt ist. Das ernste Ziel der Verschwörung soll eine iberische Republik gewesen sein; ob damit eine Vereinigung Spaniens und Portugals verbunden, steht nicht fest, jedenfalls hatte die Ver- schwörung Geldmittel aus Spanien bezogen; auch die Radikalen in Frankreich sollen stark betheiligte gewesen sein. (N. Fr. Ztg.)

Italien.

Der Tod des Bruders Sr. Heiligkeit, des Grafen Joseph Mastai Ferretti, dürfte auf den Papst einen tiefen Eindruck gemacht haben, wie das schon bei dem im Juli 1869 erfolgten Tode seines andern Bruders Gabriel Ferretti der Fall war. Pius hat bereits das achtzigste Lebensjahr hinter sich, und eine so nahe an ihn heran- tretende Mahnung wird ihn nicht gleichgültig gelassen haben. Bei jener früheren Gelegenheit gab der Papst einen öffentlichen Beweis seiner Trauer, indem er sich der schwierigen Andachtsübung auf der Scala Santa am Lateran unterzog. Die Familie Mastai Ferretti ist groß, und zwar weder durch Reichthum noch durch alten Adel ausgezeichnet, aber bestens angesehen wegen ihres persönlichen Muthes, ihres Ehr- gefühls und ihrer Neigung zu liberalen Prinzipien. Es scheint, daß die Familie des Papstes selbst von dessen Eigenschaften als Re- gent keinen großen Begriff hatte und namentlich dem in der ersten Zeit seines Pontifikates gezeigten Liberalismus wenig Vertrauen schenkte. Man blieb gegenwärtig in respektvoller Entfernung von ein- ander, und nach der Rückkehr von Gaeta und dem Einbruch der von Frankreich unterstützten Reaktion verließen sogar einige Mitglieder seiner Familie Sinigaglia, um erst dahin zurückzukehren, als dasselbe nicht mehr päpstlich war. Diese stille aber jähe Opposition seiner Fa- milie scheint Pius früher leicht getragen zu haben, so lange er und seine näheren Verwandten sich noch guter Gesundheit erfreuten. Da- gegen mögen die zum Theil plötzlich eingetretenen und wenig vorher angemeldeten Todesfälle einen niederdrückenden Eindruck auf ihn

machen. Der verstorbene Graf lebte lange in stiller Zurückgezogen- heit auf seinem Stammsitz im einsamen Sinigaglia und schlug die Zeit mittels einiger kleinen städtischen Aemtern todt, die man ihm um so lieber überließ, als man seine Abneigung gegen die Priesterherrschaft im Allgemeinen und gegen die Politik seines unfehlbaren Bruders im Besonderen wohl kannte. Die Mastai leiten ihren Ursprung von einem Rammacher her, der im 16. Jahrhundert aus dem Venetianischen in die Marken kam, dort ein hübsches Vermögen erwarb und auf seine Nachkommen vererbte, deren einem es gelang, sich mit einer Dame aus der weit verbreiteten Familie der Ferretti zu verbinden.

Amerika.

Ueber Grenzkämpfe mit den Indianern wird der „N. Z.“ berichtet: Aus Colorado bringen die neuesten amerikanischen Posten Mittheilungen von einer blutigen Episode aus den Grenzkämpfen mit den Indianern. Am 20. August wurde eine Proviantkolonne von 30 Maulthiergepannen, bestimmt für das Fort Lyon und unter dem Kommando eines gewissen Stephan Bryan, von 200 Arapaho-Indianern im Dry-Creek-Thale, zwischen Carson City und dem Fort, überfallen. Die Wagen wurden geplündert und verbrannt, die Mault- hiere fortgetrieben und 15 Leute von der Mannschaft der Kolonne todt oder verwundet auf dem Schauplatz der That gelassen. Bryan wurde von den Rothhäuten bei lebendigem Leibe geschunden. Der Rest der Mannschaft in der Zahl von 15 Köpfen wird vermisst. Wie es heißt, stand die Kolonne unter dem Geleite eines Pionniers W. Farland mit einer Abtheilung von etwa 200 Mann Kavallerie, die übrigens zur Zeit des Ueberfalls ungefähr 9 Meilen hinter dem Wagenzug zurückgeblieben war.

St. Louis, 30. August. In einer der letzten Nummern des hier erscheinenden „Anzeiger des Westens“, der ältesten deutschen Zeitung des amerikanischen Westens, welche seinerzeit von Börnstein gegründet wurde, findet sich ein trefflicher Artikel über Schurz, Körner und Hecker. Unter den deutschen Politikern, die sich im gegenwärtigen Wahlkampf als die bedeutendsten Vorkämpfer betheiligen, sind diese drei die hervorragendsten Gegner Grants. Die nachstehende kleine Federzeichnung derselben dürfte also auch die Deutschen in Deutschland und Oesterreich interessieren:

„Schurz hat das hierzulande große Verdienst, nie eine Stump- rede zu halten. Seine Reden sind alle sorgfältig ausgearbeitet, gefeilt und in gebiegene Form gegossen, ehe er sie vorträgt. Er ähnelt darin dem alten Benton, der auch seine Geistesprodukte so sorgfältig ausar- beitete, daß er seiner Partei damit Dokumente an die Hand gab, welche die Dii minorum gentium dann auf dem Stumpfe benützten. Aber Benton war ein self-made man, wie die meisten Mitglieder des Kongresses, kein Mann von klassischer Erziehung wie Schurz und be- stimmte sich wenig um schöne Formen. Schurz dagegen widmet der Form seiner Reden die höchste Aufmerksamkeit. Seine Sätze sind cice- ronisch abgerundet, seine Ausdrücke sehr gewählt, seine Sprache ist edel. Aber wie manche Jünger der plattischen Kunst oft zu viel Zeit auf die Draperie ihrer Kunstwerke verwenden, und zu wenig auf den sprechen- den, Leben einhauchenden Ausdruck des wirklichen Gegenstandes, so auch mit Schurz. Entleidet man seine Reden des schönen Gewandes, so entdeckt man statt strenger Logik oft nur Sophistik, statt innerer Wahrheit apodiktischen Dogmatismus. Und der Eindruck bleibt in beiden Fällen sich gleich — man bewundert die schöne Form, geht aber unberührt von dem Inhalt. Unser junger Senator steht daher trotz aller Verehrtheit in Gefahr, sich jedes Jahr tiefer in die Inkonssequenzen zu verirren und sein im Sturme errungenes Prestige vielleicht ebenso schnell wieder zu verlieren.“

Körner ist der älteste deutsche Politiker im Westen. Seit vierzig Jahren, da er als junger Mann sich in Illinois niederließ, hat er als Advokat, Richter und Vertheidiger demokratischer Grundzüge eine hervorragende Stellung eingenommen. Er ist ein Mann von klarem, nichternem, auf's Praktische gerichteten Verstande, aber ohne poeti- sche Ader (ich glaube nicht, daß er in seinem Leben zwei Zeilen ge- reimt hat). Obgleich ebenfalls ein Mann von klassischer Erziehung, verwendet er doch nicht mehr Sorgfalt auf die Form seiner Rede, als nöthig ist, um seine streng logische Ideenfolge in reiner Prosa dem Volke verständlich zu machen, und verfehlt nicht, bei denkenden Zuhörern bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Freund Körner zögerte anfangs, sich den Mühlstein Greeley umzuhängen und damit durch Illinois zu parodiren, aber jetzt ist, gottlob, die zimperliche Scham- bastigkeit überwunden, und er spricht gegen Grant, für sich selbst und erwähnt nebenbei, daß Greeley an honest man sei. Trotzdem wünscht ich Körner Erfolg als Gouverneur-Kandidat. Seine reichen Er- fahrungen, seine juristischen Kenntnisse, seine allgemeine Bildung, seine Unbestechlichkeit und sein reiner Charakter werden ihn, wenn erwählt, zu einem der besten Gouverneure machen, die Illinois je gehabt hat.

Der Dritte im Bunde ist natürlich auch ein Klassiker oder „latei- nischer Bauer“, wie man in Illinois sagt — der alte Hecker. Er ist kein Aemterjäger, sondern zieht es vor, als unabhängiger Mann im Schweige seines Angesichts auf seiner Farm zu leben. Er fragt auch nicht, wenn er den Mund öffnet, woher der Wind bläst, sondern wie David Crocket, scheint er einen Grundsatz zu befolgen: „Be sure first that you are right and then go ahead.“ Er steht in diesem Wahlkampf gegen Grant und gegen Greeley, aber für Körner als Gouverneur. Seine Logik ist scharf genug, aber seine Darstellung gerade das Gegenheil der Schurz'schen. Er versmähnt beinahe alle Form, läßt seine Ideen, wie die Laune des Augenblikes ihm einzieht, den freiesten Lauf, wirft Argumente, kausische Bemerkungen und tri- viale Anekdoten wie Coriander und Mäusered unter die Zuhörer und hinterläßt den Eindruck eines originellen, überzeugungstreuen, stürmischen jungen Mannes mit grauen Haaren.

Von diesen drei Männern, so verschieden in ihrem Naturell und Auftreten, scheint mir Schurz der größte Redefähigste zu sein, Körner der erfahrenste Staatsmann und Hecker der entschiedenste Charakter in dieser charakterlosen Zeit.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 25. September.

Der „Besta“, Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitig- keit, über deren Gründung und Gründer, Dr. Rejenski, wir schon wiederholt zu sprechen Gelegenheit genommen haben, ist in diesen Ta- gen die Konzession der Staatsregierung und die Erlaubniß zur Beschaffung des Gründungsfonds und zur Annahme von Versiche- rungen erteilt worden. Diese unseren Bedürfnissen so sehr entspre- chende Institution ist also als ins Leben getreten zu betrachten und wird ihr auch baldigt der landesherrliche Konfess erteilt werden.

Die Bahnhof-Chaussée ist in neuester Zeit mehrmals durch sehr lange Güterzüge gesperrt worden, deren Tete bis auf den Bahnhof vorgeückt war, während das Ende weit über den Uebergang der Bahnhof-Chaussée über die Breslau-Posener Bahn hinausreichte. Eine derartige Verkehrsstörung kam am Montag um 10½ Uhr Vor- mittags vor. Ein gewaltiger Güterzug von ca. 90 Waggons, sämt- lich mit Steinkohlen beladen, war von Breslau her um diese Zeit hier eingetroffen, und obwohl 3 Lokomotiven vor diesen Zug und eine hin- ter denselben gespannt war, rückte und rührte sich die unabsehbar lange Reihe der Güterwagen ca. 1½ Stunde lang nicht von der Stelle, so daß sämtliche Droschken und sonstigen Fuhrwerke, welche die Bahn- hofs-Chaussée an der Stelle des Uebergangs über die Eisenbahn pas-

siren wollten, halten mußten und dadurch eine totale Störung des Verkehrs erzeugt wurde. Wie man hört, sind derartige Verkehrs- störungen bereits öfters in jüngster Zeit vorgekommen, und dürfte es demnach wohl Sache der Oberschlesischen Eisenbahndirektion, resp. der Bahnbehördenverwaltung sein, geeignete Vorkehrungen zu treffen, damit derartige Vorfälle künftighin vermieden werden. Die Verkehrsverhält- nisse vor dem Berliner Thor sind überhaupt grauenhafte. Obwohl zuge- standen werden muß, daß die Polizeibehörde sich Mühe giebt, die Uebel- stände zu mildern, so sind sie doch noch lange nicht gehoben. Letzterer Tage wurde der Fahrweg unter dem Thor gepflastert, und nur ein Durchgang dem Verkehr freigelassen, wodurch die einander begegnen- den Fuhrwerke gezwungen waren, zu warten, bis die Wagen von der entgegengesetzten Seite das Thor passirt hatten. Am Sonnabend bei Anfuhr des Stargarter Zuges zählten wir 15 Wagen vor dem Thore, welche auf drei langsam aus der Stadt vorrückende Frachtwagen harren. Ob es nicht besser gewesen wäre, zu bestimmen, daß nur in die Stadt einfahrende Wagen, nicht herausfahrende das Thor passiren dürfen? Uebrigens müssen wir das Publikum darauf aufmerk- sam machen, daß es nicht hinreicht, die Presse zu veranlassen, die öf- fentlichen Uebelstände zu rügen, sondern daß es nöthig ist, selbst im Beschwerbewege vorzugehen und immer von Neuem Beschwerde zu er- heben, bis Abhilfe geschieht, denn gewisse Kreise glauben, wenn sie nicht andere Stimmen vernehmen, es sei nur die Presse, welche „Skandal macht.“

Der durch seine Vorlesungen über französische Literatur bei uns bekannte Herr Argan wird vom 1. Oktober einen Kursus der französischen Sprache für Handlungsgehülften, so wie über- haupt für Personen, welche ein Bedürfnis zur gründlichen Erlernung der französischen Sprache fühlen, eröffnen.

Der heutige „Dziennik Pozn.“ bringt einen Brief des Herrn Erzbischof Ledóchowski, in welchem derselbe dem Probst Dr. Jaz- dzewski erklärt, daß er seinerseits Nichts dagegen einwenden könne, wenn er die Wahl zum Reichstagsabgeordneten übernimmt, daß Herr Jazdzewski jedoch in diesem Falle für genügende Stellvertretung selbst zu sorgen habe. — Wie der „Dziennik“ meint, wird diese Erklärung des Erzbischofes auch die Geistlichen bestimmen, dem Probst ihre Stimme zu geben und für dessen Wahl zu wirken, da sie bisher im Zweifel darüber waren, ob auf Grund eines früheren erzbischöflichen Verbots es ihnen gestattet sei, für einen Geistlichen zu agitiren. Die Aufstellung des Probstes Jazdzewski als Kandidat für den Reichstag erschein durch die obige Erklärung des Erzbischofes als ein Kompro- miss zwischen der ultramontanen und der nationalen Polenpartei. Den Wünschen der ersteren wird dadurch Rechnung getragen, daß ein Geist- licher seit langen Jahren wieder zum ersten Male als Abgeordneter gewählt werden soll; gleichzeitig konvenirt dieser Geistliche aber auch der nationalen Polenpartei, da derselbe durch seine Antecedentien, so- wie durch seine offene Erklärung genügende Bürgschaft dafür liefert, daß er fest zur dieser Partei stehen werde.

Dem Probst Wolachowski in Głubczyn bei Krojanke ist die Schulinspektion entzogen, und dem Konrektor Weber in Plawow über- tragen worden. Wie polnische Zeitungen angeben, sind die Gründe zu der Entziehung der Inspektion seitens der Regierung nicht mitge- theilt worden; doch verrathen dieselben Zeitungen die Motive zu die- sem Verfahren, indem sie sagen: „er befahte sich eifrig mit der Schule, arbeitete an der geistigen Hebung seiner Parochien, vertheilte ver- schiedene Bücher aus den Volksbibliotheken, und bemühte sich die Ju- gend im nationalen Geiste zu erziehen.“ Für polnische Propaganda sind die preussischen Schulen nicht da.

Unser polnische Kolleginnen spielen „Blinde Kuh“ mit ihren Lesern. Während der „Dziennik Poz.“ „aus sicherster Quelle“ die Nachricht bringt, daß die Säcularfeier in Marienburg „vollkommen fiaflo gemacht hat“ und daß in Marienburg keine Polen an- wesend waren, außer einer großen Anzahl von Geistlichen, was er mit einem „Leider“ begleitet, sagt die „Besser informirte“, „Gazeta Torunska“, daß sie das direct Entgegengesetzte behaupten müsse, da auch Polen der Feier in Marienburg beizuwohnen. Besonders aber waren aus dem Kreise Marienburg die Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins und aus dem Schubiner Kreise Gutsbesitzer anwesend.

Den zur gegenwärtigen Schwurgerichts-Periode einberufenen Geschworenen, welche sich über die ungewöhnlich lange Dauer der jetzigen Sitzungsperiode beklagt haben, ist vom hiesigen kgl. Appella- tionsgericht folgender an Hrn. v. Bedwig und Genossen gerichteter Be- scheid zu Theil geworden;

Gemäß §. 69 der Verordnung vom 3. Januar 1849 sind die Ter- mine zur Abhaltung der Schwurgerichtssitzungen zu Anfang des Jah- res festgesetzt und unter Berücksichtigung der erfahrungsmäßig vorkom- menden Anzahl von Untersuchungen so regulirt worden, daß für jede Sitzungsperiode eine Dauer von 8–14 Tagen zu erwarten war. Wenn nun diese Voraussetzung einmal nicht zutrifft, indem zu einer Sitzungs- periode eine größere Anzahl von Untersuchungen zusammenkommt, als in dem Zeitraum von 14 Tagen sich erledigen lassen; so kann das kei- nen Grund abgeben, die Sitzung vor Erledigung sämtlicher dazu verwiesenen Anklagen abbrechen und die binnen 14 Tagen nicht zu erledigenden vor ein anderes Schwurgericht zu verweisen. Die Sitzung kann erst dann geschlossen werden, wenn die zu derselben verwiesenen Sachen sämtlich erledigt sind. Ebensonenig ist es statthaft, für dieselbe Sitzungsperiode andere Geschworene zu berufen, als die gleich von Anfang an dazu auswählten. Wenn wir auch nicht verkennen, daß eine längere Dauer der Sitzung für einen oder den andern der Ge- schworenen besonders störend sein kann, so sehen wir uns nach dem Vorstehenden doch außer Stande, den in der Eingabe vom 16. d. M. enthaltenen Anträgen statt zu geben. Es liegt hier ein Fall vor, in welchem das Privatinteresse dem öffentlichen Interesse nachgeben muß.

Mit diesem Bescheid haben sich die betreffenden Geschworenen nicht beunruhigt, sondern sich an das Justizministerium mit einer Eingabe ge- wandt, worin sie bitten, das hiesige k. Appellationsgericht anzuweisen, die Schwurgerichtssitzungen so einzurichten, daß dieselben auf keinen Fall über 14 Tage dauern. Unterschrieben ist die Eingabe von 17 Ge- schworenen, die übrigen sind meist Beamte.

Die ganz ungläubliche Langsamkeit im Depeschenverkeh r von und nach Posen hat Anlaß zu einer Beschwerde an das Telegra- phenamt in Breslau gegeben. Die Interessenten, wozu die ersten Firmen unserer Stadt und die deutschen Zeitungsanstalten gehören, führen in diesem Schriftstück aus, daß sich der Depeschenverkehr seit Anfang dieses Jahres verdreifacht habe und täglich 200 Depeschen mehr als sonst aufgegeben werden. Die Vermehrung trifft ausschließ- lich den Verkehr zwischen Posen und Berlin und zeigt ihre Wirkung besonders darin, daß es den hiesigen Geschäftsleuten nicht mehr mög- lich ist, mit ihren Aufträgen an der Berliner Börse zur richtigen Zeit einzutreffen, wenn sie nicht mehrere Stunden vorher ihre Te- legramme bei der hiesigen Telegraphenstation anbringen. Diese Uebel- stände, so wird in der erwähnten Eingabe ausgeführt, wären noch viel größer, wenn nicht die Beamten mit aufopferungsvoller Thätig- keit bestrebt wären, den Wünschen des Publikums Rechnung zu tragen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Unentzählich aber sind die gegenwärtigen Verhältnisse, trotzdem, und sie werden noch unentzählicher werden, sobald im nächsten Monat das Getreidegeschäft — der Hauptzweig unseres Handels — beginnt, deshalb bitten die Beschwerdeführer um schleunige Abhilfe der gerügten Mängel, besonders um Anlegung eines neuen Rathes. Diese Forderung ist durchaus gerechtfertigt und wir hoffen, daß sie noch im Laufe dieses Monats erfüllt werden wird.

— **Die Grundsteinlegung** zu dem polnischen Theaterbau, welche hier im Oktober d. J. stattfinden soll, wird von polnischer Seite wahrscheinlich wieder einmal zu nationalen Demonstrationen und Festlichkeiten benutzt werden. Schon im vorigen Jahre, bald nach der Lemberger Zusammenkunft, war diese Idee angeregt worden, indem damals von polnischen Zeitungen der Vorschlag gemacht wurde, es möchten aus den verschiedenen Theilen des ehemaligen polnischen Reiches Deputirte zu der Grundsteinlegung dieser „Zukunftstätte der nationalen Musei“ sich einfinden. Die „Gaz. Tor.“, welche sich das Verdienst nicht inbitt, zuerst die Idee der Errichtung eines hiesigen polnischen Nationaltheaters angeregt zu haben, wärmt nun aufs Neue den Gedanken, bei Gelegenheit der Grundsteinlegung eine große nationale Feier zu veranstalten, auf. Sie meint, es müsse dies nicht bloß eine Feier der Stadt Posen allein sein, sondern es müßten dort auch alle polnischen Lande repräsentirt sein. Wie zu der Erhöhung des Lubliner Unionshügels bei Lemberg Alle, welche im vorigen Jahre dorthin kamen, ein Sächsen Erbe aus ihrer Heimat mitbrachten, so soll nun nach dem Vorschlage der „Gaz. Tor.“ jeder Pole, welcher zu der Feier hier eintreffend wird, gleichfalls eine Handvoll Erde und zwar wo möglich von einer historisch denkwürdigen Stätte, oder ein Steinchen oder irgend einen anderen Gegenstand, an den sich eine historische Erinnerung knüpft, mitbringen. Schließlich wird vorgeschlagen, die Feier am 7. oder 8. Oktober zu veranstalten, da an diesen Tagen hier zahlreiche Polen versammelt sein würden; denn am 6. Oktober finde die Generalversammlung des Verbandes der polnischen Wirtschaftsgenossenschaften, am 7. die Generalversammlung der Aktionäre der bauerischen Bank statt und am 7. und 8. Oktober würden hier, „wenn auch leider“, wie die „Gaz. Tor.“ meint, zahlreiche Gäste aus der Provinz wegen der Ullman-Konkurrenz anwesend sein. Es würden sich demnach diese Tage am besten zur Veranstaltung der Feier eignen.

— **Geprüfte Heilidiener.** Nachdem in Folge der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund die Ausbildung der sogenannten kleinen Chirurgie allgemein freigegeben worden, ist es demnach für Aerzte und Behörden, sowie für das ganze Publikum von Wichtigkeit zu wissen, ob diejenigen, welche sich mit kleinen chirurgischen Operationen beschäftigen wollen, auch die hierzu erforderliche Befähigung besitzen. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat deshalb bestimmt, daß diejenigen Personen, welche sich über ihre Befähigung zu kleinen chirurgischen Operationen, Desinfektionen u. dgl. ausweisen wollen, zu prüfen und ihnen, falls sie die Prüfung bestehen, ein Befähigungs-Zeugnis auszufertigen ist, durch welches sie das Recht gewinnen, sich als „geprüfte Heilidiener“ zu bezeichnen. Die Medizinalbeamten sind angewiesen, sich bei den ihnen aufgetragenen Prüfungen zu überzeugen, daß die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu Verrichtung der chirurgischen Handlungen in erforderlicher Weise vorhanden sind, auch sich in der üblichen Prüfung aufzunehmenden Verhandlung speziell darüber auszusprechen, sowie darauf zu achten, daß die zu Prüfenden genügende Kenntnis des Lesens und Schreibens besitzen. Lazareth-Gebühren, welche sich durch ein Zeugnis der betreffenden Ober-Militär-Aerzte ausweisen vermögen, daß sie als solche 5 Jahre vorzüglich gut geübt haben, erhalten auf ihren Antrag von der betreffenden Bezirksregierung das Befähigungszeugnis, ohne daß es der Ablegung einer Prüfung bedarf. Ebenso erhalten diejenigen Personen, welche als Besitzer eines Barbiergeschäfts bereits vor dem Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnung die zur Betreibung der f. g. kleinen Chirurgie erforderliche Prüfung bestanden haben, das Befähigungszeugnis gegen eine Bescheinigung des betreffenden Physikats ohne vorherige Prüfung. Das Befähigungszeugnis wird nur in der ausdrücklichen Voraussetzung erteilt, daß der Inhaber bei Ausübung seiner Funktionen sich streng innerhalb der Grenzen dieser Befähigung halten werde; bei Ueberschreitungen dieser Grenzen wird das Befähigungszeugnis und damit das Recht, sich als geprüfter Heilidiener zu bezeichnen, nach § 53 der Gew.-Ord. aberkannt werden. Schließlich bemerken wir noch, daß diejenigen Personen, welche das Recht gewonnen haben, sich als „geprüfte Heilidiener“ zu bezeichnen, nicht befugt sind, den Titel „Wundarzt“ zu führen. Die Beilegung dieser Bezeichnung seitens solcher Personen, die hierzu nicht approbirt sind, ist nach § 147 der Gew.-D. strafbar.

— **Im Handwerker-Verein** hielt am Montag Herr Dehl-schlager einen Vortrag über Kopenhagen, in welchem derselbe die Ergebnisse einer Reise schilderte, die er im Sommer d. J. nach der dänischen Hauptstadt, vornehmlich behufs Besuches der dortigen großen nordischen Kunst- und Industrie-Ausstellung gemacht hatte. Die Fahrt auf dem vorzüglich eingerichteten Dampfer „Titania“ von Stettin bis Kopenhagen (40 Meilen) bei recht stürmischer See dauerte 15 Stunden. Der Vortragende schilderte die herrliche Frauenkirche Kopenhagens mit den unsterblichen Meisterwerken Thorwaldsens, sodann das Thorwaldsen-Museum, wo der größte Bildhauer unseres Jahrhunderts, umgeben von seinen Werken, ruht. Es wurde sodann das Etablissement „Tivoli“, das großartigste seiner Art, welches überhaupt gibt, mit seinen zahlreichen Volksvergüngen und der prachtvollen, höchst geschmackvollen Illumination beschrieben. Zwei Tage verwendete der Vortragende auf den Besuch der Ausstellung, in der die skandinavische Idee, das Zusammenstreben der drei nordischen Reiche, Dänemark, Schweden und Norwegen verkörpert war. Hohe Anerkennung zollte der Vortragende dem Streben der Dänen, die Industrie durch die Kunst zu veredeln, sowie überhaupt durch intensive Kultur-Entwicklung das nach außen hin Verlorene zu ersetzen. Daber auch die Inschrift der Ausstellungsmedaille: „Für jeden Verlust läßt ein Ersatz sich finden; was nach außen ging verloren, müssen wir in uns gewinnen.“ Der Vortragende schilderte weiter das Museum nordischer Alterthümer, das großartigste und reichhaltigste seiner Art, welches einen außerordentlich klaren Ueberblick über die Kultur-Entwicklung der nordischen Völker von der Steinperiode durch die Bronze- und Eisenperiode bis zum Jahre 1000 n. Chr. Geb. und von da weiter bis z. J. 1600 gibt, während die Zeit vom Jahre 1600 bis zur Neuzeit in den reichhaltigen Sammlungen des Rosenborg-Schlusses repräsentirt ist. Kopenhagen ist überhaupt sehr reich an ungemein werthvollen Sammlungen, ein Beweis der früheren Macht und des Reichthums des dänischen Staates, welcher einst alle drei nordischen Reiche und einen Theil des nördlichen Deutschlands umfaßte, und nun zu einem winzigen Staate von 1¹/₂ Millionen Einwohnern herabgesunken ist. Nachdem der Vortragende alsdann noch einen Ausflug nach Helsingör mit dem romantischen Meeresschloß Kronenberg und der unvergesslichen Aussicht über den Sund beschrieben, schilderte derselbe die gegenwärtige Stimmung der Kopenhagener Bevölkerung: sehr reger Patriotismus und noch immer Groll gegen Deutschland wegen des Verlustes von Schleswig-Holstein und wegen Nichtausführung des Artikels V. des Prager Friedens; doch hat Fürst Bismarck auch dort durch seinen Kampf gegen die Ultramontanen sich in der Neuzeit zahlreiche Freunde erworben. Die Sozialdemokratie zählt in Kopenhagen unter der unruhigen Arbeiterbevölkerung viele Anhänger, und erscheint dort ein besonderes Organ dieser Partei in dänischer Sprache, „der Sozialist.“ Bei seiner Abreise von Kopenhagen hatte der Vortragende noch Gelegenheit, den dänischen König Christian IX. und den russischen Großfürsten-Thronfolger, der bekanntlich die schöne dänische Prinzessin Dagmar zur Gattin hat, auf einem prachtvollen Boote zu sehen, welches den Großfürsten von dem russischen Kriegsschiffe „Jurit“ aus Ufer führte. Erklärter wurde der Vortrag durch zahlreiche Abbildungen und Photographien aus Kopenhagen, dänische Münzen, Ausstellungs-Medailen, Waffen und Werkzeuge aus der Steinperiode, einen geschmackvollen Goldschmuck im sogenannten nordischen Stil pp. — Zum Schluß der Versammlung machte Herr Gräter die Mittheilung, daß über drei Wochen die Generalversammlung behufs Wahl des Vorstands, Etatsberatung pp. stattfinden werde.

— **In einem Tanzsaale** am Eichwaldthore verschwand am Sonnabend ein Hornitten eine silberne Taschenuhr. Er beschuldigte seine Tänzerin dieses Diebstahls, und obwohl sich bei der Revision ergab, daß dieselbe die Uhr nicht bei sich hatte und sie auch entschieden den Diebstahl leugnete, so hielten doch die anwesenden Soldaten sämtlich auf das Mädchen in unbarmherziger Weise ein und transportirten dasselbe unter mannigfachen Puffen nach dem Polizeigefängnis. Die Polizeibehörde fand sich jedoch unter solchen Umständen nicht veranlaßt, das Mädchen, welches bis jetzt unbescholten ist und bei einem hiesigen achtbaren Kaufmann im Dienste steht, zu verhaften, sondern ließ dasselbe vielmehr zunächst in einem Tragekorbe behufs Heilung der davongetragenen Verletzungen nach dem städtischen Krankenhaus befördern. (Und die Soldaten?)

— **Eisenbahn-Einnahmen.** Die Breslau-Posen-Slogauer Bahn hatte pro August d. J. eine Einnahme von 189,537 Thlr. gegen 155,177 Thlr. im August 1871, d. h. also 34,360 Thlr. oder 22,1 pCt. mehr; die Jahres-Einnahmen bis Ende August 1872 betrug 1,205,779 Thlr. gegen 1,140,546 Thlr. bis Ende August 1871, also 65,233 Thlr. oder 5,3 pCt. mehr. — Die Stargard-Posener Bahn hatte pro August d. J. eine Einnahme von 113,914 Thlr. gegen 95,975 Thlr. im August v. J., also 17,939 Thlr. = 18,7 pCt. mehr; die Jahres-Einnahme bis Ende August d. J. betrug 727,992 Thlr. gegen 689,209 Thlr. bis Ende August v. J., also 38,783 Thlr. = 5,6 pCt. mehr. — Die Warfisch-Posener Bahn hatte pro August d. J. eine Einnahme von 51,245 Thlr. gegen 42,699 Thlr. im August v. J., also 8,546 Thlr. = 20 pCt. mehr; die Jahres-Einnahme bis Ende August d. J. belief sich auf 403,129 Thlr. gegen 309,045 Thlr. bis Ende August v. J., also 66,566 Thlr. = 74,9 pCt. mehr.

— **Verkauf.** Das Rittergut Sobiesierne im Kreise Gnesen, welches vor einigen Monaten vom Tellus im Subhastationsstermine für 81,000 Thlr. erworben wurde, ist am Montage von Hrn. Jos. v. Bongrowiecki für 110,000 Thlr. angekauft worden.

— **Berichtigungen.** Das Feuer, welches am Montag Abends stattfand, hat nicht in Zabikowo, sondern auf dem zwischen Domben und Zabikowo gelegenen Vorwerk Swierczewo (früher Hrn. Arciszewski gehörig) drei Scheunen in Asche gelegt. — Der angebliche Verkauf des Ritschele'schen Grundstücks auf der Bäckerstraße an Hrn. Miehle hat nicht stattgefunden.

— **Polizeiliche Mittheilungen.** Verhaftet wurde am Sonntage das Dienstmädchen eines Kaufmanns auf der Gr. Ritterstraße wegen dringenden Verdachtes, ihrer Herrschaft eine goldene Uhr nebst Kette im Werthe von ca. 60 Thlr., sowie verschiedene Kleinigkeiten gestohlen zu haben. Sie räumte nur den Diebstahl von einem Paar Glacehandschuhe ein. — Einem Herrn ist von einem Frauenszimmer, welches bei ihm vom Sonnabend zum Sonntage genächtigt hatte, dessen goldene Unterhose nebst Kette entwendet worden. Bis jetzt ist die Diebin noch nicht ermittelt. — Auf dem Alten Markte fand Sonntag Nachmittag zwischen zwei Arbeitern eine Schlägerei statt, die zum Verwunden des zahlreich versammelten Publikums mit der Verhaftung beider endete. — Montag Abends wurde ein Weib, welches sich bereits vier Wochen lang ohne Quartier umhertreibt, in der Nähe der Dominikanerkirche krank und hilflos aufgefunden und nach dem städtischen Lazareth gebracht. — Einem Dienstmädchen auf der Breitenstraße sind aus verschlossenem Schranke 13 Thlr. gestohlen worden. — Verhaftet wurde ein Arbeiter, welcher auf dem Bahnhofe dabei ertappt wurde, als er aus einem Eisenbahnwagen eine Partie Heringe stahl. — Am Montag Abends gerietten zwei Arbeiter aus einer hiesigen Fabrik, welche schon am Nachmittage mit einander Wortwechsel gehabt, auf der Gr. Ritterstr. in Streit miteinander. Der eine von ihnen zog dabei ein Messer hervor und stieß dasselbe dem anderen in den Unterleib. Der Verletzte mußte sofort in seine Wohnung gebracht werden, wo er sich noch gegenwärtig in ärztlicher Behandlung befindet. — Verloren wurden ein Hundert- und ein Fünftalerschein, sowie ein rother Korallen-Ohring.

— **Neutomischel.** 24. September. [Hofen.] Auch heute ziemlich lebhaftes Geschäft. Hochfeine Waare wurde gern gekauft und gut bezahlt; man bewilligte für den Zentner 36–40 Thlr. Die vielen fremdländischen Käufer, die sich gegenwärtig hier aufhalten, erwecken in den Produzenten die Hoffnung auf ein Herausgehen des Preises, weshalb sie sich in den letzten Tagen wieder weniger willig zur Abgabe ihres Produktes finden ließen. Mittel- und ordinäre Waare wurde heute fast gar nicht beachtet.

— **Bromberg.** 22. September. [Die Illumination der Restauratione.] Es ist von allen Seiten bei der diesmahligen großen Illumination die prächtige Beleuchtung der hiesigen Restaurationen bewundert worden, und da die Presse sich jetzt über die Illumination wenig gebracht hat, so wollen wir an dieser Stelle dies nachholen, indem wir konstatiren, daß unter den vielen schön illuminierten Häusern sich besonders hervorzuheben die Leusche Brauerei, die Webersche Restauration, die Konditorei von Meng, die Weinstuben von Staberow und Krause und die Konditorei von Reid. Die schönsten Transparente hatten Meng und Leue mit entsprechenden Reimen. Hier sind einige von Meng:

Vor hundert Jahren da fuhr man durchs Land
Von Bromberg nach Nafel durch fuchsböser Sand.
An der Neße und Brabe, auf Wiesen und Hohn:
Da waren nur Pögen und Wölfe zu sehn.

Daß die entsprechenden Bilder nicht fehlten, versteht sich.

— **Knosowraclaw.** 21. September. [Saline. Eisenbahn.] Die Bohrungen nach Salz sind in den drei Bohrtürmen in unserer Stadt einmünden eingestellt worden und dürften erst nach Vollendung des Siedereichthums an der Pafoscher Chaussee wieder aufgenommen werden. Das Siedehaus wird ein Gebäude von kolossalen Dimensionen. Mit der Ausführung desselben ist der Zimmermeister Zwanzig beauftragt worden. Fertig ist von den zur Siederei gehörigen Gebäuden ein Schuppen. Auf der Stelle, wo das Siedehaus steht, hat man noch keine Bohrveruche angestellt. Behufs bequemeren Exports der Produkte werden vom Bahnhofe aus zwei Schienenstränge nach der Siederei gelegt werden. Im Hauptbohrthurne an der Thörner Chaussee sieht man über 1000 Fuß im Salz. Man hat dort die Bohrungen eingestellt, weil die Maschine nicht groß genug war. Es wird beabsichtigt, nach Aufstellung einer größeren Maschine, die ganze Tiefe des Salzlagers zu ergründen, ehe man hier an die Ausbeute des Lagers geht. Was dem Betrieb der Saline das größte Hinderniß in den Weg setzen wird, sind die unzureichenden Wasservorräthe und es dürfte sich schließlich doch wohl das schon wiederholt aufgetauchte Projekt von der Anlage einer Wasserleitung von der Montow aus verwirklichen. Wie ich höre, haben bezüglich der Anlage einer Wasserleitung Verhandlungen mit unsern städtischen Behörden stattgefunden, die sich jedoch an den Spasankheitsprinzipien der letzteren gescheitert haben. Neuerdings hat nun auch ein Privatunternehmer unfern des an der Posener Chaussee gelegenen Schützenplatzes, hart an der Grenze des fiskalischen Territoriums, Salz erbohrt. Ob derselbe seine Bohrungen fortsetzen wird, steht zu bezweifeln, da sich diese jedenfalls nicht rentiren würden. So viel ich erfahren, soll der genannte Unternehmer den Schützenplatz kaufen wollen und dort die Anlage eines Soolbades beabsichtigen. — Die Eisenbahnstrecke von hier nach Thorn soll spätestens zum nächsten Frühjahr für den Betrieb eröffnet werden. Die Strecke von hier nach Gniomowo ist fertig und wird schon seit drei Wochen mit Arbeitszügen befahren. Auch die Weichselbrücke bei Thorn ist schon für Arbeitswagen befahrbar. Es sind also nur noch die bedeutenden Vertiefungen des Terrains zwischen Thorn und Gniomowo zu eben und damit hofft man, wie gesagt, bis zum Frühjahr fertig zu sein. Auf unserem Bahnhofe wird rüstig weiter gebaut. Seit einiger Zeit ist man mit der inneren Einrichtung und der äußern Verzierung des Empfangsgebäudes beschäftigt, das baldmöglichst fertig gemacht werden soll, nachdem man die Unzulänglichkeit und Un zweckmäßigkeit der provisorischen Empfangsgebäude eingesehen haben mag. Der für 6 Lokomotiven eingerichtete Schuppen wird für 12 Lokomotiven vergrößert. Außerdem soll die Anlage von Schmelz- und Schlofferwerkstätten beabsichtigt sein. Zwei große Gebäude für Beamte

sind fertig. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß nach Eröffnung der Strecke nach Thorn hierher der Sitz einer Betriebs-Inspektion gelegt wird.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Meyers Handlexikon des allgemeinen Wissens in einem Band. (Hildburghausen 1872. Verlag des Bibliographischen Instituts.) Die Schlußlieferung dieses äußerst praktischen Buches, welches sich wohl alsbald der allgemeinsten Verbreitung erfreuen wird, ist soeben erschienen. Wenn alle unsere Konversations-Lexika mit mehr oder weniger Erfolg darauf ausgehen, so viel als möglich und das Beste so ausführlich als möglich zu bringen — so ist hier ein Werk, welches das entgegengesetzte Ziel verfolgt: so viel als möglich, aber das Beste so kurz als möglich. Man will nicht immer in bänerreichen Werken suchen, nicht immer nach einem schweren Verkonband greifen, nicht immer in bogenlangen Artikeln blättern um einer kurzen Auskunft willen, eines Namens, eines Begriffes, eines Fremdwortes, eines Ereignisses, eines Datums, einer Ziffer, einer Thatfache halber, wie sie beim Zeitungs- und Bücherlesen, im Gespräch, beim Nachsinnen, Beschaun, Schreiben u. s. w., so oft einem aufsteigen und im Gedächtniß oder Wissen eine Lücke füllen lassen. Ein bequemer Band zur Hand, der auf den ersten Griff und ersten Blick den begehrten Namen liefert, kurz, bestimmt und richtig, und das was man tausendfältig im Leben braucht und — nicht hat. Jetzt hat man freilich diesen Band, denn Meyers Handlexikon erfüllt diese Anforderungen in der befriedigendsten Weise. Alles was im allgemeinen geistigen und materiellen Verkehr Verbreitung findet, ist aufgenommen, nur das nicht, was Fachberufen ausschließlich angehört. Ueberall sind die neuesten Forschungen benutzt, und wird für die wichtigeren Gegenstände auch immer die empfehlenswerthe Spezialliteratur namhaft gemacht. Ganz besonders wird die Brauchbarkeit noch erhöht durch eine Anzahl wichtiger Beilagen, welche in 44 Karten und Illustrationstafeln mit erläuterndem Text und neun verschiedenen praktischen Tabellen bestehen.

Staats- und Volkswirtschaft.

* **Sproc. Norddeutsche Bundes-Anleihe von 1870.** Der „Ber. Börs. Cur.“ schreibt: Wir meldeten gestern, daß die Sproc. Anleihe, nach dem Geleg vom 21. Juli 1870 aufgenommene Kriegs-Anleihe am 2. Januar 1873 zur Rückzahlung gelangen werde, und fügte hinzu, daß es sich dabei wahrscheinlich um ca. 100 Millionen Thaler handeln werde. Heute geht uns eine Meldung aus guter Quelle zu, welche den Betrag auf ca. 114 Millionen Thaler effektiv angiebt. „Das Geleg vom 21. Juli 1870“, so sagt die Meldung, „hatte die Aufnahme von 120 Millionen effektiv in Anleihe und Schatzanweisungen gestattet. Dann kam der Erlaß vom 24. Juli 1870, welcher bestimmte, daß 100 Millionen effektiv durch Aufnahme einer Sproc. Anleihe auszubringen seien. Ihn folgte der Erlaß vom 2. Oktober 1870, der diese Summe auf 80 Millionen verminderte, und endlich ein Erlaß vom 27. Januar 1871, der sie wieder auf 105 Millionen erhöhte. — Nun ist aber dem Reichstag eine vom 13. April 1872 datirte Uebersicht zugelegt worden, in der nachgewiesen ist, daß nominal 113,773,300 Thlr. ausgegeben und dafür effektiv 104,369,610 Thlr. 22 Thlr. 6 Pf. erlößt worden.“

* **Französische Sproc. National-Anleihe von 1872.** Die Direction der Diskonto-Gesellschaft ist seitens der französischen Staatsregierung beauftragt, für Rechnung derselben die fälligen Theilzahlungen sowie die anticipirten Theilzahlungen und Vollzahlungen auf die bei der Diskonto-Gesellschaft subskribirten und zugetheilten Beträge der französischen National-Anleihe nach Maßgabe der bei der Subskription veröffentlichten Zeichnungsbedingungen anzunehmen. Die bis 4. Oktober incl. erfolgten Einzahlungen sind frei von Verzugszinsen. Nach diesem Tage werden die Verzugszinsen mit 6 Prozent per anno vom 21. cr. ab in Anrechnung gebracht. Die Einzahlungen müssen in französischen Gold- oder Silbermünzen oder in Thalern zum Course von 376 Francs für 100 Thl. gemacht werden.

* **Rumanische Eisenbahnen.** Bukarest, 19. Sept. Der „Monitorul“ vom 18. d. veröffentlicht folgendes der Genehmigung Sr. Hoheit unterbreitetes Protokoll des Ministerrathes, rüchlich der Ueberrahme der Eisenbahnlinien: Der Ministerrath hat in seiner heutigen (12. Sept.) Sitzung das Referat des Herrn Ministers für Ackerbau, Handel und öffentliche Arbeiten, rüchlich der Ueberrahme der Eisenbahnlinie Roman-Bukarest-Bitesti in Erwägung gezogen, in Gemäßheit des Rapports der Kommission, der die Prüfung dieser Linien oblag und wonach sie der Ansicht ist, daß diese Linien einer regelmäßigen und sichern Zirkulation übergeben werden können, wird beschlossen: Die Linien Roman-Bukarest-Bitesti werden von der Gesellschaft, vom 13. September d. J. ab, auf Rechnung der Staatsgarantie exploirt werden. Die Gesellschaft soll sich durch ihren Bevollmächtigten Generaldirector, Herrn Gilour, schriftlich dem Herrn Minister für öffentliche Arbeiten verpflichten, daß die Läden, welche von der Prüfungs-Kommission als unbedeutend und bestehend festgestellt wurden, und welche die Kommission noch einer zweiten eingehenden Prüfung unterziehen wird, aus dem Konstruktionsfonds in vollständigster Weise, der Vorschrift gemäß, bis zum 13. künftigen November ausgefüllt sein sollen. Im Falle die Gesellschaft obige Verpflichtung nicht erfüllen sollte, wird die Regierung das Recht haben, die unvollendet gebliebenen Arbeiten für Rechnung der Gesellschaft zu beendigen, indem sie die zu diesem Ende nötigen Ausgaben aus den der Gesellschaft zu entrichtenden Annuitäten decken wird. Was aber die Waggon, welche von der Gesellschaft noch nicht herbeigeschafft wurden und einige fixe Materialien, welche in der Fremde bestellt sind, betrifft, so hat der Rath, in Erwägung der Schwierigkeiten, welche die Gesellschaft bei ihrer Ausführung zur Zeit hatte, bestimmt, daß die Gesellschaft ebenfalls sich durch ihren Bevollmächtigten, Herrn Generaldirector, verpflichten soll, im Falle sie sich dieselben nicht bis zum oben angegebenen Termine von zwei Monaten wird verschaffen können, Alles anzuführen, um sie so bald als möglich zu erhalten, indem bis dahin der Dienst durch die Waggon versehen werden soll, welche sie von der österreichischen Gesellschaft, der Staatsbahn gleichen zu haben anzeigt, in einer Weise, daß die Zirkulation in nichts leidet soll. Ge.: L. Catargi, M. Crezulescu, S. Costa-Forn, Gen. Florescu, Chr. Tell. Genehmigt Carl.“

* **Die Kartoffelkrankheit.** London, im September. Den Schaden, den die Kartoffelkrankheit in diesem Jahre in England angerichtet hat, ist sehr bedeutend und wird natürlich ganz besonders von der zahlreichen Klasse derjenigen Leute empfunden werden, deren Hauptnahrungsmittel die Kartoffeln sind. Um in Zukunft ein Umrückgreifen dieser verurtheilten Krankheit zu verhindern, machen Gelehrte und Fachmänner ihre Erfahrungen in den Tagesblättern bekannt und die Frage wird aufs Sorgfältigste nach allen Seiten hin erwogen. Der Arzt Alexander Wallace, Mitglied der Entomologischen Gesellschaft zu London veröffentlicht heute in der „Times“ einige Regeln, die für Kartoffelsplanzer von Interesse sein werden. 1) Vermeide Kartoffel mit langen Blättern, sie gewähren zwar die Aussicht, auf einen reichen Ertrag, aber die Gefahr der Kartoffelkrankheit ist für sie um so größer. 2) Vermeide die Kartoffeln mit rothen Schalen, da beim Ausmachen nicht leicht gesehen werden kann, ob sie krank sind. 3) Laß genigenden Raum zwischen Reihen und Stauden, um die Ventilation zu begünstigen. 4) Gut drainirter Boden ist vorzuziehen. 5) In vielen Orten wird der zweite Satz von Frühkartoffeln zeitig genug vor der Ernte reifen und der Krankheit daher entgehen; setze daher keine Kartoffeln auf diese Zeit. 6) Wenn möglich, mache die Kartoffeln zeitig in trockenem Wetter aus, besonders wenn die Krankheit herrscht sollte das Kartoffellaub selbst noch grün sein. 7) Sollte das unmöglich sein, dann schneide, sobald das erste Zeichen der Krankheit (das weiße Häutchen auf den Blättern) erscheint, alles Kartoffellaub ab und verbrenne dasselbe. Die Kartoffeln bedecke sodann mit Ernte und überlasse sie dem Reifen. 8) Kannst du das nicht bei Zeiten thun, dann mache die Kartoffeln erst spät aus. Denn so werden die kranken Kartoffeln verfaulen und nur die gesunden übrig bleiben, wobei natürlich viel Arbeit erspart wird. 9) Willst du Kartoffeln gesund erhalten, so schneide von den leicht angelegten die braunen Flecken gänzlich

